

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, Einzelnummer 25 Pfennig
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.
Berlin S. 14 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6804

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rüststraße 10
Fernsprecher S.-N. 628 41

Erscheint wöchentlich am Samstag
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste
Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgeandt

Das Ringen um die Arbeitslosenversicherung Allgemeiner Lohndruck das Ziel der Unternehmer

Wir haben unmittelbar vor der Verwirklichung jener Vor- schläge, welche die Arbeitslosenversicherung verschlechtern sollen. Der Worte sind genug gewechselt, meint der deutsche Unter- nehmer, er will nun Taten sehen. Da ist es doppelt notwendig, daß die Arbeiter klar sehen, was dahinter steckt und um was es eigentlich geht. Handelt es sich nur oder auch nur vornehmlich um die Saisonarbeiter, die angeblich ständig mehr aus der Ver- sicherung leben, als sie durch ihre Beiträge hineintun? Ja, handelt es sich überhaupt nur oder auch nur in erster Reihe um die Arbeitslosen?

Das ist es und nichts anderes, was die Unternehmer den Anschlag gegen die Arbeitslosenversicherung führen heißt. Ihr Geheiß über den Fehlbetrag in der Reichskasse dient nur zum Überschmieren ihrer wahren Absicht. Bekanntlich begannen sie den Anschlag auf die Versicherung mit einem höllischen Gezeier über den Mißbrauch der Versicherung: Zahllose Arbeiter sollten sich auf unverantwortliche Weise aus der Versicherung fett- machen. Als die Gewerkschaften den Behauptungen nachgingen, stellten sie sich als schamlose Übertreibung, meist als ausge- machter Schwindel heraus. Die paar Mißstände oder Miß- bräuche, die übrig blieben, zu beseitigen, waren und sind die Arbeiter selbst gerne bereit. Die Unternehmer konnten nun nicht umhin, sich nach einem neuen Tritt umzusehen. Sie ließen nun ihre Sorge um die Reichskasse ausfahren: Der Fehl- betrag, den die Arbeitslosenversicherung der Reichskasse ver- ursache, sei einfach nicht zu tragen. Das gaben die Leute vor, die ihre Klauen nie tief genug in die Reichskasse stecken können. Wenn aber die Reichskasse wirklich der Arbeitslosenversicherung künftig zuschießen müßte, so wäre es nur recht und billig, diese Ausgabe auf die umzuliegen, die wenig seien, aber viel ernten, die um so fetter werden, je magerer die Arbeiterchaft ist, die einen Teil ihrer Leute gewissenlos auf die Arbeitslosenversiche- rung abschließen und dann noch über die Unerträglichkeit der Ausgaben dieser Versicherung heulen. Warum immer die armen Teufel von Gewerkschaften noch mehr leiden lassen, nur damit die wohlgenährten Unternehmer noch fetter werden können?

Solche und ähnliche Erwägungen werden jetzt in einem fort in allen Arbeitkreisen angestellt. Daß sie wohlberechtigt sind, wird kein Einsichtiger bestreiten. Die Gewerkschaften sind daher, wie es in der letzten Sitzung des Ausschusses des DGB er- neut zum Ausdruck kam, darin einig, den Angriff der Unter- nehmer auf die Arbeitslosenversicherung abzuwehren mit allen Konsequenzen. Das gilt selbstverständlich nicht bloß für die Gewerkschaften, sondern auch für die sozialdemo- kratische Reichstagsfraktion einschließlich ihren Mi- nistern. Diese werden sich, wie man annehmen muß, gleich- falls bemühen, was hier einerseits für das Wohl der ge- samten Arbeiterchaft und andererseits für die stärkste politische Partei auf dem Spiele steht.

Kann jemals waren alle Schichten des arbeitenden Volkes dermaßen mit einer Sache verknüpft, wie mit der Arbeitslosenversicherung. Was Wunder, daß sie alle, vom letzten Ackernecht bis zum höheren Angestellten, die Be-

ratungen in den parlamentarischen Körperschaften mit kaum noch steigungsfähiger Spannung verfolgen. Die Haltung der Parteien in dieser Frage ist für alle diese Schichten zu r Frage ihrer Parteitreue geworden. Darauf sei mit aller Deutlichkeit aufmerksam gemacht.

Das ist natürlich auch den Demokraten und dem Zentrum be- kannt. Diese beiden Koalitionsparteien werden, wie es den An- schein hat, auch dieses Mal, ihrer kapitalistischen Grundeinstel- lung folgend, die große Streitfrage auf Kosten der armen Teufel von Erwerbslosen entscheiden wollen. Freilich werden sie das nicht offen und klar tun, sondern zu allerhand Vor- wänden und Winkelzügen ihre Zuflucht nehmen. Vor allem aber werden sie so manövrieren, daß sie vor ihrer proletarischen Wählerschaft den Anschein hervorbringen können, sie seien ja nur der größten Partei gefolgt. Inzwischen, was immer die beiden bürgerlichen Parteien verüben, die sozialdemokratische Fraktion und ihre Minister, des sind wir gewiß, werden sich nicht auf die Kutzbahn der München-Bladbacherei Ioden lassen, sondern durch Wort und Tat ganz unmißverständlich zum Ausdruck bringen: die Arbeitslosenversicherung darf nicht verschlechtert werden, komme was da wolle.

Es ist vielleicht gut, abermals deutlich darauf hinzuweisen, daß auch nicht von sogenannten kleinen Konzessionen an die Unternehmer die Rede sein darf. Der DGB hat schon erklärt, wie weit die Arbeiterchaft eine „Reform“ zulassen kann. Diese alleräußerste Grenze darf nicht überschritten werden. Wenn dies ja beabsichtigt sein sollte, dann mache man sich von vornherein klar, daß es ganz ausgeschlossen ist, den Arbeitern die Ver- schlechterungen mit Nebenarten überbürden zu können. Die Erwerbslosen, die ja nur etwa ein Drittel ihres Lohnes an Arbeitslosenunterstützung erhalten, wissen jetzt schon nicht mehr, wie sie Leib und Seele zusammenhalten sollen. Die Unter- stützung noch weiter verschlechtern, das hieße, die Brotkrumen der Erwerbslosen noch mehr verringern. Und die Verringerung des trockenen Brotes spüren sie am Magen, also an einer Stelle, die selbst mit den begabtesten Rebekunkeln nicht zum Schweigen gebracht werden kann. Das sei so ernst und so entschieden wie nur möglich ausgesprochen. Und ebenso ernst und entschieden seien die sozialdemokratische Fraktion und ihre Minister noch einmal an die feierliche Erklärung von Magdeburg erinnert:

„An der Arbeitslosenversicherung lassen wir nicht rütteln!“

Heuchelei und Dummheit

„Schärfere Handhabung der öffentlichen Fürsorge“

Seit Monaten tobt der Streit in der bürgerlichen Presse — die leider von den Kräften der Arbeiter noch so gerne ge- dankenlos gelesen wird —, ob die Arbeitslosenfürsorge wesentlich eingeschränkt werden kann. Man will Beiträge sparen, die Opfer der wirtschaftlichen Krisis doppelt treffen. Täglich ent- läßt man tausende arbeitsfreudige und arbeitsfähige Menschen; sogar aus Betrieben, die vor dem Kriege noch als human galten, gewisse Pensionansprüche ihren alten Arbeitern und Ange- stellten einräumten. Neue Erfindungen, Maschinen und Arbeits- weisen sparen Menschenkräfte in Massen, und ein Ende ist noch nicht abzusehen, ob die Rationalisierung auf Kosten der Ar- beiterchaft noch mehr verschärft werden wird. Nie ist der Kapitalismus brutaler aufgetreten als nach der Revolution, die keine großen sozialen Erfolge — dank der Uneinigkeit des Proletariats — erzwingen und halten konnte.

Jetzt geht eine neue Welle durch die bürgerliche Presse. Man macht die Opfer der großen Krise für die Krise ver-antwortlich, daß sie nicht arbeiten wollen, fordert überall von den Gemeinden die Einführung der Pflichtarbeit, obwohl die meisten Stadtverwaltungen gar keine Arbeitsmöglichkeiten haben, selbst sparen müssen. Wie hat man zum Beispiel in diesem großen Notjahre schon die städtischen Ausgaben für den Wohnungsbau usw. gedrosselt! Private halten mit ihren Auf- trägen zurück, fordern aber von den Gemeinden, die aus- gesteuerten Arbeitslosen ja recht knapp zu halten. So, die Ar- beitslosen, die für ihr Glend doch wahrlich nicht verantwortlich gemacht werden können, müssen sich noch den schweren Vorwurf gefallen lassen, daß sie der Arbeit aus dem Wege gehen, obwohl sie, bewußt brotlos gemacht, auf die Straße gemorfen worden sind. Und nun fordert man schärfere Handhabung der öffentlichen Fürsorge; der Reichsarbeitsminister und der Reichs- minister des Innern sollen sich äußern.

Fremd weißt die bürgerliche Presse darauf hin, daß im Reichsarbeitsblatt ein Schreiben an die Sozialminister der Länder veröffentlicht worden sei, das „schärfere Handhabung der öffentlichen Fürsorge“ an-ordnet. Es wird von den Gemeinden gefordert, den Arbeits- losen schärfer zu Leibe zu gehen, wenn sie die angebotene Arbeit verweigern. Man führt aus, daß das Gesetz heute die Unter- stützung für vier Wochen versagt, wenn der Arbeitslose ohne berechtigten Grund eine Arbeit nicht annehmen will. Dasselbe gelte, wenn der Arbeitslose sich ohne berechtigten Grund weigere,

sich einer Berufsumschulung oder Fortbildung zu unterziehen, die geeignet sei, ihm die Aufnahme von Arbeit zu erleichtern, ohne daß ihm dadurch Kosten erwachsen. Die Dienststellen der Arbeitslosenversicherung klagen darüber, daß das Verfahren der Fürsorgebehörden in vielen Fällen den Sinn dieser Be- stimmungen, den Arbeitswillen zu fördern, durchkreuzt. Die Fürsorgebehörden unterstützten häufig Arbeitslose während der Sperrfrist mit denselben Beträgen, die sie erhalten würden, wenn sie von der Arbeitslosenversicherung unterstützt würden. Da die Änderung der Reichsgrundzüge voraussichtlich noch einige Zeit in Anspruch nehmen, soll eben jetzt in Verwaltungs- wege dafür gesorgt werden, daß die Fürsorgeverbände den Maß- nahmen der Arbeitsämter nicht entgegenwirken.

Wenn rückständige Arbeitsämter wirklich diesen Klageruf erhoben haben, so haben sie die Sache jedenfalls ganz falsch angepackt. In einer Zeit, in der viele Tausende von Arbeits- losen vergeblich auf Zuweisung von Arbeit warten, sogar arbeitswillig und arbeitsfähig, jung an Jahren, der Armen- pflege, ausgebeutet, zum Opfer fallen, sollte man wirklich nicht darüber jammern, daß so viele Arbeitslose sich „weigern“.

Aus dem Inhalt

	Seite
Das Ringen um die Arbeitslosenversicherung — Heuchelei und Dummheit	265
Der Dividendensegen — Der Körtingkonzern — Die Lage der deutschen Industrie	266
Neuzeitlicher Bankenschutz — Denkmäler der Arbeit — Vielstahldrehbänke	267
Das Mädchen für alles — Was ein Mann tragen soll in den Vogesen — Das Volkshaus in Bremen	268
Die Organisierung der Arbeiterinnen — Student und Arbeiter — Ergebnisse der Verbandstätigkeit — Die kommenden Lohnkämpfe	270
Erziehung und Klassenkampf — Behebung des Facharbeitermangels — Die AEG unter ameri- kanischem Einfluss	271
Die Nordwestgruppe berichtet	271

Es ist eine ganz grobkörnige Offensive (allgemeiner Front- angriff) der Unternehmer: Senkung der gesamten Lohnhöhe auf dem Wege über die Verringerung der Arbeitslosenunterstützung.

In der Tat, das ist des Pabels Kern. Auf die Saisonarbeiter und auf die Arbeitslosen schlägt man los, aber die gesamte Arbeiterchaft und namentlich die Beschäftigten will man treffen. Ob da 100 Millionen mehr oder weniger für die Ar- beitslosen ausgegeben werden, das ist für die Reichsfinanzen wie für die Unternehmer nicht so wichtig. Die Löhne der Beschäftigten sollen immer tiefer und immer noch tiefer heruntergedrückt werden. Je weniger der Arbeiterchaft bekommt, desto mehr ist er gezwungen, sich zu jedem, auch dem erbärmlichsten Lohn anzubieten. Desto mehr zwingt er also auch den Beschäftigten, mit jedem, auch dem erbärm- lichsten Lohn zufrieden zu sein. Nur scheinbar also richtet sich der Angriff gegen die Arbeitslosen; in Wahrheit ist es ein Angriff gegen die Lohnhöhe der Beschäftigten.

Darüber ist sich die Arbeiterchaft klar. Sie weiß auch, daß es sich hier um einen wohlüberlegten Teil jener Kette von Angriffen auf die Lebenshaltung der Arbeiterklasse handelt, die das Kapital seit Jahren unangefochten betreibt. All die zahllosen Anstrengungen, die fortgesetzte Vertreibung des Lebensunter- halts, die Versuchung mittelbarer und unmittelbarer Lohnsenkung usw., die wir seit Jahren erleben, sie gehören mit dem gegen- wärtigen Angriff auf die Arbeitslosenunterstützung in eine Linie. Die Lebenshaltung der Arbeiterklasse, ihr Anteil am Gesamtprodukt der Arbeit, soll immer tiefer und tiefer herab- gedrückt werden, um den Anteil der Kapitalistenklasse zu steigern.

Der Körtingkonzern

Von Julius Fries

Die Gebr. Körting Aktiengesellschaft in Hannover-Linden beschäftigte Ende des Jahres 1928 3300 Arbeiter und Angestellte. Das sind rund 100 Personen mehr als ein Jahr vorher. Die Handlungskosten stiegen jedoch von 362 000 M im Jahre 1927 auf fast 597 000 M im Jahre 1928. Die Verwaltung führt in ihrem Bericht für 1928 aber selbst aus, daß diese Erhöhung der Handlungskosten „nicht der Ausdruck tatsächlich gesteigerter Aufwendungen, sondern einer veränderten Buchungsweise ist, indem die Gesellschaft den als Untkosten der Zentrale zu betrachtenden Teil der Verkaufskosten genauer festgestellt hat.“ Auch wer von diesen Ausführungen im Jahresbericht keine Kenntnis hat, ersieht aus der niedrigen Summe der ausgewiesenen Gesamtkosten, die im Jahre 1928 auf den Kopf der Gesellschaft umgerechnet nur 180 M betragen, daß auch diese Gesellschaft den Unkosten als Handlungskosten nur einen beläufigen Teilbetrag der sachlichen und persönlichen Untkosten auszuweisen. Der Rohgewinn, von dem also vorweg die Böhne und Gehälter in Abzug gebracht sind, wird mit 1 777 000 M ausgewiesen und ist rund 440 000 M höher als im Vorjahre. Die Gesellschaft verteilt denn auch statt 4 vH im Vorjahre diesmal 6 vH Dividende.

Am bekanntesten ist das seit 1871 bestehende, im Jahre 1903 in eine Aktiengesellschaft umgewandelte Unternehmen als Hersteller von Zentralheizungsanlagen, auf welchem Gebiet auch ein ausgebreitetes Installations- und Montagegeschäft betrieben wird. Daneben werden unter anderem Lüftungs- und Trockenanlagen, Gasmaschinen für gasförmige und flüssige Brennstoffe, Sauggasmaschinen, Wasserversorgungs- und Entwässerungsanlagen, Schiffsmaschinen, Dieselmotoren, Lokomotiven, Beregnungsanlagen, Rohrpostanlagen usw. hergestellt. Die Abriegelung Strahlapparate erweiterte im letzten Jahre das Fabrikationsprogramm durch Neukonstruktionen vertikaler Zentrifugalpumpen für große Leistungen, Pumpen für Abwässer, automatische Luft- und Temperaturregler für Aufheizungsanlagen in Textilfabriken. Neuerdings baut die Gesellschaft auch kombinierte Anlagen für die verschiedenen Brennstoffe und neue Benzinpumpen, die den modernsten Anforderungen entsprechen. Die für Zentralheizungs- und Warmwasserbereitungsanlagen benötigten Gliederkessel und Radiatoren werden reiflos in eigenen Werkstätten hergestellt. Der Umsatz ist in den letzten Jahren dauernd gestiegen. 1926 wurden rund 20 Millionen Mark umgesetzt, 1927 rund 25 Millionen Mark, während 1928 der Umsatz auf 30 Millionen Mark stieg.

Das Hauptwerk liegt in Lind: Körtingdorf bei Hannover und umfaßt eine Fläche von 600 000 Quadratmeter, wovon 140 000 Quadratmeter bebaut sind. Die Abteilung Eisen gießerei, die nur für den eigenen Bedarf arbeitet, liefert eine Jahresleistung von 12 000 Tonnen Guß. Die maschinelle Gesamteinrichtung besteht aus mehr als 1000 Werkzeugmaschinen. Die Gesellschaft besitzt Zweigniederlassungen und Vertretungen an fast allen bedeutenden Plätzen des In- und Auslandes. Die Liste reicht von Amsterdam bis Tokio. Einige dieser ausländischen Vertretungen bestanden früher als selbständige Tochtergesellschaften, deren Aktien im Besitz der Gebr. Körting AG. waren. Während des Krieges wurde der Aktienbesitz der Gesellschaften in Italien, Österreich und später in Ungarn verkauft. Die Tochtergesellschaften in Paris, London, Brüssel und Moskau gingen durch den Krieg verloren. Heute bestehen nur zwei selbständige Tochtergesellschaften, die Körting Hermanns O. m. b. H., eine Gesellschaft „autschen Rechts“ mit dem Sitz in Liden, aber einer Hauptniederlassung in Buenos Aires, und die Gebr. Körting O. m. b. H., die ebenfalls ihren Sitz in Liden, ihre Hauptniederlassung aber in Mexico hat. Für den Erfolg des Auslandsgeäfts ist es von geringer Bedeutung, ob die Geschäfte durch selbständige Tochtergesellschaften oder Auslandsvertretungen heringebracht werden. Ein Hinweis dafür ist, daß die Verwaltung in ihrem jüngsten Bericht ausführt, daß die Auslandsorganisationen und die Auslandsvertretungen im letzten Jahre erweitert und verbessert wurden, um einen Ausgleich für Zeiten unbefriedigender Inlandsverhältnisse zu finden.

Vor dem Kriege arbeitete die Gesellschaft mit einem Aktienkapital von 19 Millionen Mark und verteilte 1913 8 vH Dividende. Der Umsatz hat 1913 rund 35 Millionen Mark betragen. Damals hatte die Gesellschaft etwa 2300 Werkangehörige.

Die Lage der deutschen Industrie

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem Schwerezustand. Das Nachlassen der industriellen Tätigkeit ist aber nur ganz gering. Die Umsätze der Schlüsselindustrien laufen außerordentlich günstig. Die Eisenindustrie hat nach wie vor eine sehr gute Beschäftigung bei steigendem Inlandsbedarf. Das gleiche ist vom Maschinenbau und von der elektrotechnischen Industrie zu sagen. Von den Bergbauindustrien sind besonders die Zement- und Schmelzindustrie, die Holz- und Seidenindustrie fast eine Belebung aus. Alles in allem genommen, zeigen die Ergebnisse des ersten Halbjahres 1929 einen höheren Stand der Industrieproduktion als im zweiten Halbjahr des Vorjahres. Das Konjunkturfähigkeit hat den Produktionsindex folgendermaßen errechnet (arbeitsmäßig Durchschnitt 1924 bis 1926 = 100):

1. Halbjahr 1928	126,5
2. Halbjahr 1928	118,3
1. Halbjahr 1929	123,5

Wenn auch der Produktionsindex des ersten Halbjahres 1929 nicht erreicht wurde, so ist doch immerhin gegenüber dem zweiten Halbjahr 1928 eine Besserung festzustellen. Auch der Warenumschlag hält sich auf einem gewissen Höhe. Im Juli 1929 betrug zum Beispiel die arbeitstätige Belegschaft der Reichsbahn 157 000 Mann gegenüber 161 000 im Juli des Vorjahres. Ein günstiges Zeichen ist es auch, daß die Einfuhr von Rohstoffen im ersten Halbjahr 1929 den gleichen Zeitraum des Vorjahres erreicht hat und sogar noch als im zweiten Halbjahr 1928. Angesichts dessen kann man nicht von einer wesentlichen Verschlechterung der Wirtschaft sprechen, man muß im Gegenteil bestimmte Besserungserwartungen stellen. Natürlichermaßen zeigen auch einige Branchen Verschlechterungserwartungen. Wir lassen eine Übersicht über die Lage einzelner Industriezweige folgen:

Der Produktions- und Beschäftigungsstand im Kohlenbergbau hält sich weiter auf hohem Stand. In der Eisen- und Stahlindustrie ist der Beschäftigungsstand unverändert günstig. Im Holz ist eine anhaltende Besserung zu verzeichnen. Der Beschäftigungsstand in der Maschinenindustrie hat sich weiterhin leicht verbessert. In der Metallwarenindustrie ist die Beschäftigung nachlässig. Der Beschäftigungsstand und Absatz der Automobilindustrie sind unbeständig. In der Elektro-

Genau arbeitet die Gesellschaft mit einem Aktienkapital von 7,5 Millionen Mark Stammaktien und 400 000 M Vorzugsaktien. Diesen ist eine Vorzugsdividende von 6 vH verbürgt und steht außerdem in besonderen Fällen ein dreifaches Stimmrecht zu. Von den Stammaktien sind 1,65 Millionen Mark im Eigenbesitz der Gesellschaft und nicht dividendenberechtigt, so daß für die 6 vH Dividende nur ein Betrag von 5,85 Millionen Mark in Frage kommt und zur Ausschüttung nur 351 000 M erforderlich sind. Bezeichnend ist, daß die Maschinen und Geräte, die 1913 mit 1,7 Millionen Mark in die Bilanz eingesetzt waren, heute trotz Modernisierung und Rationalisierung nur mit 1,14 Millionen Mark zu Buche stehen. Werkzeuge, Modelle, Mobilien und Patente stehen seit Jahren mit je 1 M zu Buche. Die Vorräte an Rohstoffen, Halb- und Fertigfabrikaten werden mit 3,9 Millionen Mark gegen 3,4 Millionen Mark im Vorjahre ausgewiesen. Die Außenstände stiegen von 4,5 Millionen Mark Ende 1926 auf 7,47 Millionen Mark Ende 1927 und auf 7,64 Millionen Mark Ende 1928, denen auf der anderen Seite Forderungen von Lieferanten und Anzahlungen der Kundschaft von zusammen 5,04 Millionen Mark gegenüberstehen. Im Jahre 1927 nahm die Gesellschaft einen Kredit von 175 000 englischen Pfund auf, der nach 15 Jahren zurückzahlen ist und heute mit 3,58 Millionen Mark zu Buche steht. Bankguthaben oder Bankschulden werden seit Jahren nicht besonders ausgewiesen. Diesmal wurde seit 1926 zum ersten Male für Lantime an den (neunköpfigen) Aufsichtsrat wieder ein Betrag ausgewiesen, und zwar 9487 M, so daß auf jeden rund 1000 M entfallen, während jahresgemäß dem Vorstehen 4000 M und jedem einzelnen Mitglied des Aufsichtsrats je 2000 M zustehen. Sicher besteht für diese Herren ein Nachzahlungsrecht. Der Reservefonds, der nach gesetzlicher Vorschrift 10 vH des Aktienkapitals, in diesem Falle also 790 000 M betragen soll, wird seit Jahren nur sehr langsam aufgefüllt und beträgt, nachdem Ende 1928 wieder nur 21 000 M für diesen Zweck bereitgestellt werden, in der Eröffnungsbilanz für 1929 erst 104 000 M. Dagegen werden in neue Rechnung wieder 175 000 M vorgetragen. Die regelmäßigen Steuern, die in der Gewinn- und Verlustrechnung nicht besonders aufgeführt sind, haben laut Angabe im Bericht 645 000 M betragen (bei einem Umsatz von 80 Millionen Mark). Es fehlt natürlich nicht der Hinweis auf die sozialen „Lasten“, die 525 000 M betragen haben, also wie wir weiter rechnen wollen, 160 M auf den Kopf der Gesellschaft oder 50 M für jeden Arbeitstag. Der Bericht enthält weiter noch die Angabe, daß vom 21. April bis 15. Mai 1928 „infolge eines Streiks und einer Aussperrung“ in den Werkstätten der Gesellschaft nicht gearbeitet wurde. Der Arbeitsausfall ist aber nach eigener Angabe der Verwaltung in der zweiten Hälfte des Jahres wieder aufgeholt worden. Die Aussichten für das laufende Jahr dürften infolge der technischen Modernisierung durchaus günstig sein.

Besser noch liegen die Verhältnisse bei der AG. A. B. t. i. n. g. s. Elektricitätswerke, die von der Gebr. Körting AG. gegründet wurde, um die auf eigene Rechnung erbauten Elektrizitätswerke und Überlandzentralen (zurzeit 8) in den verschiedenen Teilen Deutschlands zu vermarkten. Seit Jahren gibt es hier 8 vH Dividende gegenüber 6 vH in 1913. Bei einer Leistungsfähigkeit von 3,5 Millionen Kilowattstunden jährlich und mit nur 150 Beschäftigten wurden im letzten Jahre Betriebseinnahmen in Höhe von 1,23 Millionen Mark erzielt. Bemerkenswert in bezug auf die Höhe der Gewinnmöglichkeiten ist das Abkommen, das bei dem 1928 erfolgten Verkauf der Beteiligung an der Überlandwerke Glatten O. m. b. H. mit dem Bezirksverband Heimbachkraftwerk abgeschlossen wurde. Als Entschädigung für das Wasserkraftwerk Glatten hat der Bezirksverband der AG. Körtings Elektrizitätswerke 58 Jahre lang bis 31. März 1991 jährlich 650 000 Kilowattstunden zum Preise von - 1 Goldpfennig die Kilowattstunde zu liefern. (In Berlin zahlt der Verbraucher 16 M für die Kilowattstunde.) Die Gesellschaft ist dadurch, wie sie selbst zugibt, in der Lage, ihre Abschreibungen, die in den letzten Jahren durchschnittlich je 250 000 M betragen haben, erheblich und zwar auf 189 000 M im letzten Jahre zu ermäßigen. Hier dürfte für die nächsten Jahre eine gute Dividende gesteuert sein. Ob allerdings die Verbraucherschaft noch 58 Jahre lang das Verbleiben von Elektrizitätswerken und Überlandzentralen in Privatbesitz dulden wird, das steht auf einem anderen Blatt.

Industrie hat sich die Beschäftigung gebessert. Der Beschäftigungsgrad des Baugewerbes hat eine leichte Belebung erfahren. Die Zementindustrie arbeitet verhältnismäßig befriedigend. In der Holzindustrie ist die Lage unverbändert. Der Absatz ist saisonmäßig belebt. Der Beschäftigungsgrad der Papierindustrie ist nicht mehr befriedigend, der Absatz ist nachlassend. In der Textilindustrie hält die schlechte Lage an. Die Kunstseidenindustrie arbeitet unverbändert günstig. Die Beschäftigung in den Schiffbauindustrien ist neuerdings besser. Der Absatz ist ungenügend. Die chemische Industrie ist gut beschäftigt. Die Beschäftigung in der Rastindustrie ist befriedigend. Die Brauereien sind ebenfalls gut beschäftigt.

In England mehr Staatsbeitrag für die Arbeitslosenversicherung

Die englische Arbeitslosenversicherung hat mit ähnlichen Schwierigkeiten zu kämpfen wie zurzeit die deutsche. Der aus den Beiträgen angeammelte Fonds reicht nur für die Unterhaltung von einer Million Arbeitslosen aus (in Deutschland nur für 800 000), die Zahl der unterstützungsberechtigten Arbeitslosen übersteigt jedoch gewöhnlich eine Million, gegenwärtig um 1 000 000. In England werden die Beiträge - im Gegensatz zu Deutschland, wo sie zur Hälfte von Arbeitern und Unternehmern geteilt werden - von den Unternehmern, Arbeitern und vom Staat aufgebracht, so daß der wöchentliche Beitrag von 1 Schilling 9 Pence für den männlichen Arbeiter getragen wird zu 8 Pence vom Unternehmer, zu 7 Pence vom verheirateten Arbeiter und zu 6 Pence vom Staat. Da aber die Beiträge nicht ausreichen, mußte die Arbeitslosenversicherung - gerade wie in Deutschland - vom Staat Parolen aufnehmen; sie ist zurzeit um etwa 720 Millionen Mark an den Staat verschuldet, ein Schuld, an deren Rückzahlung nicht gedacht wird. In dieser Lage denkt man aber in England nicht an einen Abbau der Leistungen der Arbeitslosenversicherung, wie die deutschen Unternehmern es in Deutschland haben möchten, vielmehr hat die Arbeiterregierung die Erhöhung der Beitragseinnahmen beschloffen. Es sollen die Beiträge des Staats von wöchentlich 6 auf 7 1/2 Pence erhöht werden, eine Mehrlast für die Staatskasse um 70 Millionen Mark. Da das englische Steuerrecht weniger als das kontinentale auf Massensteuern und weit mehr auf Besitzsteuern aufgebaut ist, bedeutet die Steigerung des Staatsbeitrags die Veranschaulichung des Besitzes zu den vermehrten Kosten der Arbeitslosenversicherung.

Arbeit aufzunehmen. Der Klageruf könnte bedeuten, daß die faulen Arbeitslosen freie Stellen nicht belegen wollen und daß die Produktion stockt, da den Fabrikanten keine Kräfte zugewiesen werden könnten. Das Gegenteil ist doch der Fall und deshalb Heuchelei, daß dies ein Grund zur Aufregung wäre.

Da die Arbeitslosigkeit alle Berufsgruppen umfaßt, weshalb das Geschrei über unvollständige Berufsausbildung oder Fortbildung! Viele Arbeitsämter sind deshalb heute gar nicht mehr in der Lage, Berufsausbildungen vorzunehmen, weil dies ja doch zu edel ist. Es gab zum Beispiel eine Zeit, in der viele jüngere Metallarbeiter zu Chauffeuren umgeschult wurden, die heute alle, arbeitslos, stempeln gehen. Sollte das den Arbeitsämtern unbekannt sein? Welche Anmaßung steckt auch darin, daß die „Sozial“minister der Länder jetzt den Gemeinden oder Fürsorgeverbänden beibringen sollen, ihre Pflicht zu tun. Faulenzen, die sich weigerten, angebotene Arbeit anzunehmen, sollen ganz besonders von den Fürsorgeverbänden auf ihre Hilfsbedürftigkeit „aufs strengste geprüft und Art und Maß der Fürsorge auf das zur Fristung des Lebens des Lebens unerlässliche beschränkt werden. Dabei muß von der Möglichkeit, die Unterstützung in Form von Sachleistungen zu gewähren, Gebrauch gemacht und namentlich der Familienangehörigen des Arbeitslosen der Lebensunterhalt durch Sachleistung sichergestellt werden. Keineswegs sollen laufende Barunterstützungen in demselben oder annähernd demselben Umfange gewährt werden, wie sie den Arbeitslosen außerhalb der Sperrfrist als Leistung der Arbeitslosenversicherung zustehen würden.“

Daß jede Unterstützung arbeitsfähiger Personen davon abhängig gemacht werden soll, daß der Arbeitslose sich regelmäßig nach Anweisung des Arbeitsamtes bei diesem meldet und um Arbeit bemüht, ist nicht weiter erschütternd, denn die Arbeitsämter müssen ja jetzt gründlich versagen und können keine Arbeit zuweisen. Wie fremd klingt es aber, wenn man „Art und Maß der Fürsorge auf das zur Fristung des Lebens Unersäglichke zu beschränken“ sucht. Auch die Sozialminister wissen, daß die heutige Armenunterstützung nur das zum Leben Allernotwendigste bietet, sich wohllich von der elenden Arbeitslosenunterstützung gar nicht unterscheidet! Wenn der Arbeitslose seinen Lohn verliert, so erhält er doch heute nur ein Drittel seines Lohnes in Form von Arbeitslosen- oder Armenunterstützung. Worin soll nun der Anreiz liegen, von der Arbeitslosenunterstützung zur Armenunterstützung überzugehen? Oder was soll es heißen, daß man Fürsorgeverbänden, die sich längst der Kleinsten, allergrößten Spararbeit befleißigen, den Vorwurf macht, daß sie den Sinn der Arbeitslosenversicherung „in vielen Fällen durchkreuzen“? Jedenfalls hat die heutige Versicherung es leichter als die Armenbehörde, Krankenkassen und Versicherung können zur Strafe die Unterstützung sperren oder entziehen. Die Armenverbände aber müssen auch in diesem Falle eingreifen, um die Familie vor dem Zerbrechen zu schützen. Sicher wissen auch die letzten Sozialminister der Länder, daß eine Familie nicht darunter leiden darf, wenn der Ehemann oder Vater, Erzieher oder Hausvater, die angebotene Arbeit verweigert. In diesem Falle muß doch die Armenbehörde für die Familienangehörigen eintreten. Ob man nun die allernotwendigste Unterstützung in Barleistung oder Sachleistung gewährt, ist doch eigentlich Nebensache und Angelegenheit der Gemeinden selbst. Die Sozialminister wissen trotz aller Schwärzerei, daß die Selbstverwaltung der Gemeinden heute noch vorhanden ist und auch Maßnahmen dieser Art seinen Zweck haben. Es ist dies das alte System, die alte Freiheit. Man kann die Opfer des großen Glücks, die Arbeitslosen, nicht mehr beruhigen, muß zugeben, daß die kapitalistische Produktionsweise täglich versagt und ruft zur Abwendung: Holt den Dieb!

Der Dividendenlegen!

Die Jahresabschlüsse der Unternehmen für das Geschäftsjahr 1928 sind beendet. Der Dividendenlegen, der den Aktionären dabei erteilt worden ist, ist trotz des angehenden so schlechten Geschäftsjahres sehr reichlich ausgefallen. Bei allen Abschreibungen und Verbindungen sind noch ansehnliche Reingewinne übriggeblieben, und die Beträge, die die Aktionäre eingekassiert haben, übersteigen in Einzelfällen das Vielfache des Jahreslohnes eines Arbeiters oder Angestellten. Das Geld hat sich gut verzinst, und wo in Einzelfällen von der Ausgestaltung von Dividenden Abstand genommen werden ist, haben die Aktionäre auch keinen Grund zum Klagen. Die Aktienpreise selbst bei den schlechtesten Unternehmen gut, und nach dem gegenwärtigen Stand zu urteilen, wird das laufende Jahr noch besser werden als das Vorjahr. Auf jeden Fall läßt sich die Feststellung machen, daß das Unternehmertum ganz gut verdient hat, und zwar in einer Zeit, wo viele Tausende Arbeiter und Angestellten auf der Straße lagen und von den fanglichen Stroden der Arbeitslosenunterstützung lebten, der ihnen noch zugewandt wird.

Am besten hat man möchte es fast für einen bitteren Scherz halten, die Brauindustrie verdient alle, aber auch alle waren in der Lage, Dividenden, zum Teil sogar über 20 vH, zu verteilen. Schellerei-Papierwerke betrug ein Reingewinn von 10,3 Millionen Mark und verteilt eine Dividende von 15 vH. Die Berliner Stahlwerke gab ihren Aktionären 24 vH, die Dortmunder Hüttenwerke verteilte 20 vH, die Kölner-Drahtwerke 14 vH und die Engelhardtwerke 13 vH. Man sieht, der Stoff bräutet noch was ein.

Die Versicherungsunternehmen haben den Brauereien nicht viel nach. Die Thüringen-Versicherungs-Gesellschaft verteilte 24 vH, die Erdmann-Herzog-Feuerung 25 vH und die Colonia-Feuerversicherung 20 vH Dividende aus. Bei den Lebensversicherern betrug der durchschnittliche Satz 10 vH gegen 9 vH für 1927.

Auch die Industrie kann mit dem Absatze zufrieden sein. In der Eisenindustrie verteilte Carlislewerke 12 vH, Dypen-Werke 9 vH und die Kärtischen Eisenwerke 7 vH. In der Glasindustrie gab Schott 16, Heilmann Spiegelglas und Brodowit je 12 vH. In der Kraftfahrzeugindustrie betrug die Daimlerwerke 16 und die Bayerischen Motorenwerke 14 vH zur Verteilung. Erwähnt seien dann noch Fabrikum mit 21, JFA Sachsen mit 12, Sauerer Kraftfabrik mit 16 und Berger-Werke mit 20 vH.

Es hat wenig zu beklagen, wenn einzelne Unternehmen mit Verlust arbeiteten. Die Schott trägt in diesen Fällen nicht die Arbeiter. Die Wirtschaft in vielen Betrieben ist meistens auf die Möglichkeit der leitenden Personen zurückzuführen. Auch wird das Kapitalverhältnis durch die hohen Direktorengehälter und die Ausschüttungen an die Geschäftsführer sehr beeinträchtigt. Wenn von 28 Privat-Gesellschaftsjahren im Jahre 1928 21 Dividenden verteilt wurden, 1913 aber von diesen Gesellschaften nur 17 davon in der Lage waren, und wenn von den 21 führenden Betrieben der Eisenindustrie 18 Dividenden von 6 bis 12 vH ausbezahlt wurden, so ist das doch ein Zeichen dafür, daß das Geschäft gemacht werden kann. Im Jahre 1928 verteilten von den 21 Betrieben der Eisenindustrie nur 11 eine Dividende in Höhe von 8 bis 20 vH.

Immerfort dieser Zustände erscheint das Klagen und Jammer der Arbeiter über die angeblich zu hohe Belastung in einem eigenartigen Maße. Man sieht daran, welche Hintergründe das Ganze hat.



Technik und Werkstatt



Neuzeitlicher Bankenschutz

Von Ing. H. Dewald

Der Kampf zwischen Einbrechertum und Abwehrmaßnahmen hat jetzt seinen Höhepunkt erreicht und man kann getrost sagen: „Wir sind über den Berg.“ (?) Räume und Gegenstände können so geschützt werden, daß ein Einbruch unmöglich ist. Das Hauptmittel der Geldschrankknacker ist der mit Azetylen und Sauerstoff gespeiste Schneidbrenner, bei dessen Benutzung das Metall zerfließt wie Butter in der Sonne. Auch das bekannte Thermitverfahren, das bei Schienenschweißungen ständig seine Verwendung findet, wird vorteilhaft von den Herren Einbrechern benutzt. Wird die Zündpille an der Stelle angesetzt, wo sich das Schloß befindet, so ist nach Abbrennen der Patrone an Stelle des Geldschrankschlosses ein rundes Loch, durch das man bequem hindurchfassen kann. Der Geldschrankknacker hat es eben auch verstanden, sich die Technik zunutze zu machen.

Die Geldschrankfabriken haben alles getan, um das Aufbrechen der Schränke zu erschweren. So werden zum Beispiel Metalllegierungen benutzt, deren Schmelzpunkt äußerst hoch liegt, ferner erhalten die Geldschränke Betonfütter, durch das man nur mit Hammer und Meißel hindurch kann. Da aber jedes Geräusch sofort die Aufmerksamkeit erregen würde, so ist ein derartiger Geldschrank schon fast unaufbrechbar. Ein gewiegter Knacker denkt aber hier anders. Geht es nicht von vorn, so wird der Schrank eben von unten angebohrt oder der Raum wird untergraben. (Siehe Tresoreinbruch am 31. Januar 1929.)

Die einfachen Schutzeinrichtungen bestanden früher in einer Klingelanlage, die beim Betreten des geschützten Raumes in Tätigkeit gesetzt wurde. Ein Durchschneiden des Drahtes oder ein Versagen der Batterie hatte zur Folge, daß der Alarm nicht zustande kam. Danach ging man dazu über, statt des Arbeitsstromes, der nun im Augenblick der Betätigung fließt, Ruhestrom zu verwenden. Bei dieser Stromart standen die Anlagen ständig unter einem schwachen Strom, bei dessen Unterbrechung, wie Zerschneiden der Leitung, der Alarm in Tätigkeit trat. Ein viel angewandtes Mittel bestand darin, im Kassenraum über Nacht das elektrische Licht brennen zu lassen. Beim Einbruch wirkt Licht immer störend, daher wurde dieses vorerst ausgeschaltet; der Lichtschalter war aber derart ausgebildet, daß er bei der Betätigung einen zweiten Stromkreis einschaltete, der Hupen und Sirenen ertönen ließ. Auch die Selenzelle, das „elektrische Auge“, wurde viel in Anwendung gebracht. Selen verändert bekanntlich seinen Widerstand bei plötzlicher Beleuchtung, dadurch wurden ebenfalls Stromwege eingeschaltet, die Alarmgeräte betätigten. Eine unangenehme Eigenschaft hat aber das Selen, daß es nämlich vom Licht aufgesaugt wird. Es kam daher oft vor, daß derartige Anlagen aussetzten und infolgedessen nicht die verlangte Sicherheit boten.

Amerika, das Land der unbegrenzten Möglichkeiten, ist auch in der Sicherung der Kassenräume weit vorgeschritten, nur muten die Mittel etwas märchenhaft an. So benutzt man in den Kassenräumen Teppiche, in die Metalldrähte eingewebt sind, die sich beim Betreten berühren und Alarmanlagen betätigen. Auch die Einschaltung des Geldschrankes in eine Hochspannungsleitung war vielfach mit Erfolg gekrönt. Das Versenken der Tresore unter den Grundwasserspiegel kommt auch vor. Die Geldschränke wurden dabei mit Düsen versehen, die bei der geringsten Berührung Phosgen ausströmen und den Einbrecher unschädlich machen. Das Schützen des Raumes mit leichtschmelzenden Düsen, die bei Betätigung überhitzten Dampf ausströmen und alles verbrühen, was sich im Raum befindet, gehört auch nicht zur Seltenheit.

Eine englische Bank hat seine Kassenräume so eingerichtet, daß Wände, Fußboden und Decke um den Tresorraum herum hohl sind. Diese Hohlräume stehen nun unter Vakuum oder Druckluft. Erfolgt eine Verletzung der Räume, so verändert sich der Druck, dabei tritt ein Aneroid-Barometer in Tätigkeit, daß Kontakteinrichtungen einschaltet.

Diese Sicherheitseinrichtungen haben aber den Nachteil, daß die Vorrichtung infolge Verkettung unglücklicher Umstände zur Auslösung kommt und Unschuldige dabei ihr Leben lassen müssen. Auch treten die Einrichtungen meist dann in Funktion, wenn schon Beschädigungen am Geldschrank erfolgt sind. Der richtige Schutz ist aber der, der schon wirksam in Tätigkeit tritt, noch ehe der Geldschrank oder der Raum zerstört ist.

Ein vielfach in Anwendung gebrachter Apparat ist der Atlasapparat oder der Superatlas, dessen Empfindlichkeit den örtlichen Verhältnissen angepaßt werden kann. Diese Apparate arbeiten mit Ruhestrom und treten bei der geringsten Erschütterung in Tätigkeit, zum Beispiel beim Ansetzen eines Werkzeuges an den Geldschrank. Das Kästchen hat in seinem Innern einen sehr empfindlichen Kontakt, der in Form einer auf drei Platinspitzen ruhenden Kugel ausgebildet ist. Die drei Berührungspunkte ermöglichen den Stromübergang, bei der geringsten Erschütterung wird durch den Kugelkontakt einer der Berührungspunkte geöffnet und der Alarm erfolgt.

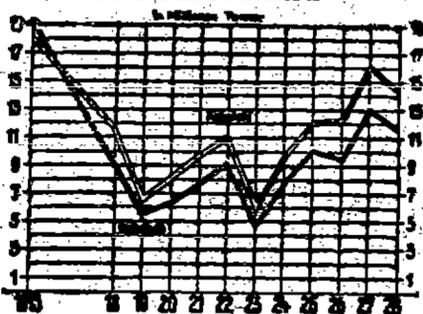
Erläutert man die geradezu unwägbare auf dem Gebiete des Sicherungswesens wirken, sind folgende: Durch die Anwendung besonders empfindlicher Mikrophone hat man es fertig gebracht, Lauscheinrichtungen zu konstruieren, die schon auf das geringste Geräusch antworten. Die Empfindlichkeit derartiger Anlagen ist so groß, daß es schon genügt, wenn man ein Stäubchen vom Rock-

ärmel abklopft oder ein Stück Papier zerreißt, um den Alarm in Tätigkeit treten zu lassen. Dieses wäre die Sicherung des Raumes. Zur Sicherung des Geldschrankes hat man neuerdings Platten geschaffen, die sogenannten Super-Atlas-Platten, die bei jeder Beschädigung, sei es durch Durchbrennen mittels des Schweißbrenners oder beim Versuch, diese Platten vom Geldschrank abzuschrauben, den Alarm in Tätigkeit setzen. Meist hat man mit dieser Einrichtung dann Hupen und Sirenen in Verbindung gebracht, die einen ohrenbetäubenden Lärm verursachen und die ganze Umgebung rebellisch machen. Bei Großbanken läßt sich die Anlage dann noch so erweitern, daß beim Alarm selbsttätig ein Kontakt eingeschaltet wird, der das nächste Überfallkommando herbeiführt.

Mit Hilfe dieser Platten, die an den Geldschrank angeschraubt werden, ist man in der Lage, auch die bisher veralteten Geldschränke wieder zu vollen Ehren kommen zu lassen, denn wenn der Schrank an allen vier Seiten, am Boden und auf der Decke mit derartigen Platten ausgerüstet ist, so ist es menschlich unmöglich, ohne Betätigung des Alarmes an diesen Schrank heranzukommen. Zum Überflus kann man vor das Schloß dann noch einen Atlas-Apparat setzen.

Um einen Überfall am hellen Tage abzuwehren, hat man außerdem Treikontakte vorgesehen, bei deren Betätigung Alarmsignale und außerdem selbsttätige Türschließer eingeschaltet werden, die das automatische Schließen und Verriegeln aller Außentüren herbeiführen. Es sind also hierbei sämtliche in der Bank befindlichen Personen wie die Maus in der Falle eingeschlossen und eine eingehende Untersuchung kann sofort vorgenommen werden.

Gewinnung von Roheisen und Rohstahl in Deutschland



In der deutschen Eisenerzförderung machte sich der Verlust Lothringens durch einen Produktionsrückgang um mehr als drei Viertel der Friedensleistung geltend. Erst allmählich hat sich Deutschland wieder herausarbeiten können. Die Roheisengewinnung betrug im Monatsdurchschnitt 1913 1 609 000 Tonnen, 1927 1 092 000 Tonnen, 1928 984 000 Tonnen, die Rohstahlgewinnung im Monatsdurchschnitt 1913 1 578 000 Tonnen, 1927 1 359 000 Tonnen und 1928 1 210 000 Tonnen.

Denkmäler der Arbeit

P. B. Die Geschichte erzählt uns von Wunderwerken alter Völker. Überreste unerhörter Arbeitsleistungen verunkelter Völkerschaften finden wir fast in jedem Lande. Ägypter, Griechen, Römer und Chinesen zeugen noch heute, wenn auch nur mehr ruinenhaft, von einer uralten und hochstehenden Kultur. Wir staunen über das Riesenausmaß menschlicher Arbeit, das damals mit einer einfachen Technik geleistet wurde. Jene Werke waren nur möglich unter Fron und Sklaverei. Viele Werke wurden nur geschaffen, um ehrgeizigen Fürsten ein Grabmal zu setzen oder um von ihrer Macht zu erzählen. Als solche Zeugen stehen die ägyptischen Pyramiden und viele Denkmäler römischer Herrscher. Lohnt es sich da in Ehrfurcht stehen zu bleiben vor den Überresten jener Zeit? Es lohnt sich nur in bezug auf das gewaltige Ausmaß der geleisteten Arbeit. Es lohnt sich, jener zu gedenken, die Blut und Leben geopfert haben, um unmenschlicher Eitelkeit und Wahn zu genügen. Jener Helden zu gedenken, ist Pflicht, um sich zu erinnern, daß die Arbeiterschaft noch heute im Sklavensystem schmachten würde, hätte nicht der Gedanke der Solidarität das Bewußtsein der eigenen Kraft geweckt, den Trotz aufgestachelnd und den Weg zu einem freien Menschentum beschritten. Es lohnt sich aber auch deshalb rückwärts zu blicken, weil wir den Wandel zu einer besseren Zeit, zu einer höheren Stufe der Menschheit feststellen können.

Es ist nämlich nicht so, daß nur das Altertum große Werke vollbrachte. Das Altertum ist weit überholt, überholt nicht nur in bezug auf die Arbeitsweisen, sondern auch hinsichtlich der Zweckbestimmung der Arbeit. Damals Sklavenerbeit zur Befriedigung der Eitelkeit, heute das Hindrängen auf Werke, die allen zugute kommen. Ich sage ausdrücklich das Hindrängen, denn wir leben noch im kapitalistischen Zeitalter, das wohl eine höhere Stufe gegen das Altertum darstellt, aber noch nicht die Befreiung der Arbeit gebracht hat. Die Strömung zu einer höheren Kulturstufe ist aber da. Zahlreiche Werke entstehen, die nicht mehr dem einzelnen Kapitalisten zugute kommen, sondern dem Volksganzen oder doch großen Teilen des Volkes dienen. Wir denken da an die Staats- und Kommunalbetriebe, an ihre Kraftwerke und industriellen Anlagen.

Ein solches Werk, das sich in seiner Größe mit jedem andern irgendwo in der Welt messen darf, ist heute an der Grimsel im schweizerischen Hochgebirge im Entstehen begriffen. Schon steht an der Handeck, der berühmten Umschlagstelle einer uralten Säumerel, die wichtige aus Granit und Eisen erbaute Maschinenzentrale. Der Gelmersee, der 500 Meter darüber in einem einsamen Felschloß liegt, ist bereits aufgestaut und wird nach vollendeter Staung 13 Millionen Kubikmeter Wasser enthalten. Von diesem See, der weiteren Zubus aus dem nun im Werden begriffenen Grimselstausee erhält, fällt das Wasser fast senkrecht durch den Druckstollen nach der Handeck, wo nach vollem Ausbau 150 000 PS erzeugt werden können. Später sind weiter unten noch zwei solcher Werke geplant, die je nach Strombedarf ausgebaut werden

können. An der Gelmerseestaumauer, die 300 m lang und 35 m hoch ist, werden gerade die letzten Granitblöcke der Mauerkrone gesetzt. Nachher wird mit dem Abbruch der riesigen Hilfsmittel, wie Luftpfeilerbahn, die 106 vH Steigung aufweist, und der Krananlagen begonnen werden.

Dagegen klingt heute mehr denn je das Lied der Arbeit auf der Grimsel selbst. Dort wird das schwerste Stück Arbeit geleistet. Hier gilt es den kleinen See beim alten Grimselstausee vermittels einer Staumauer von über 100 m Höhe aufzustauen. Die Mauer ist in Angriff genommen und wächst langsam aus der tiefen Schlucht der Spitalalm empor. Ununterbrochen laufen die Wagen der Luftpfeilerbahn von Innerkirchen talaufwärts, um Zement 18 km aufwärts zu befördern. Eine andere Luftpfeilerbahn liefert den Kies und die Steine aus dem Aareboden in die riesige Adlerhorste am Grimselnoien klebenden Betonmischanlagen. Von da geht der flüssige Beton vermittels Kranen und Rohrleitungen in die Schlucht auf die Baustelle. Der See wird, wenn er einmal fertig aufgestaut ist, 6 km Länge aufweisen und bis zum Aaregletscher vorstoßen. Der Inhalt wird dann 100 000 Kubikmeter Wasser betragen. Dieser See, verbunden mit dem Gelmersee, wird die Grundlage des ganzen Werkes bilden. Einmal ganz in allen drei Gefällstufen ausgebaut, wird das Werk 260 000 PS elektrische Energie in die Welt hinaussenden.

Um einen Begriff von der Großartigkeit dieser Arbeit zu bekommen, muß man Arbeiter, Techniker und Ingenieure bei der gefährlichen Arbeit sehen. An Seilen über Abgründen hängend, auf Leitern schwebend, heißt es in die granitenen Felswände Borloch um Borloch treiben, um die Aussparungen für die stieliche Verankerung der riesigen Staumauer zu ermöglichen. Wenn dann mittags und am Abend die Sprengschüsse losgehen und riesige Blöcke aus den Felswänden in den Grimselsee hinausschleudern, wenn die Rauchwolken langsam über der Schlucht schweben und im Blau des Hochgebirges zerfließen, dann fühlt man unwillkürlich, daß der Mensch Sieger geworden ist über alle Naturgewalten. Ist der Hochgebirgssee einmal fertig, wird er von Wasserflugzeugen besucht werden, um als Ausgangspunkt für Hochgebirgsrundflüge im Gebiet des Finsterarhorns zu dienen. Ferner wird ein Motorbootverkehr den Touristen an einsamen, alpenrosenumrankten Felshängen entlang zum Unteraaregletscher führen und Gebiete erschließen, die heute nur selten besucht werden.

Vielstahldrehbänke

(Nachdruck verboten.)

Zur Verringerung der Bearbeitungskosten führt man allmählich selbst für die Bearbeitung von Gegenständen verhältnismäßig geringer Zahl die Vielstahldrehbank ein. Um sich aber die Ausgaben für eine neue Bank zu sparen, wird versucht, die normale Bank zu einer Vielstahlbank umzugestalten. Der Vorteil ist allerdings nur ein geringer. Man muß bedenken, daß die alte Drehbank doch nur für das Drehen mit einem einzigen Stahl bemessen ist. Die Zahl der zu gleicher Zeit im Schnitt stehenden Stähle bleibt also sehr beschränkt. Außerdem ist die Bearbeitung eines Werkstückes entweder nur in der Längsrichtung oder nur in der Planrichtung möglich. Immerhin kann man mit einer solchen umgebauten Drehbank das Nachschlichten von bereits vorgeschruppten Drehstücken vornehmen. Auch ist sie dann noch verwendbar, wenn es sich um das Drehen kleiner Teile bei geringer Spanabnahme und großer Schnittgeschwindigkeit handelt. Eine Umänderung wird aber nur ein unvollkommener Behelf sein. Will man wirklich wirtschaftlich arbeiten, so können nur Spezialmaschinen in Betracht kommen, die sich immer reichlich bezahlt machen. Aber auch hier sind gewisse grundsätzliche Unterschiede zu beachten. Man muß genau wissen, ob es sich um eine ausgesprochene Massenfertigung handelt, bei der wochen- oder monatlang die gleichen Werkstücke bearbeitet werden, oder nur um eine Serienherstellung mit öfterem Ein- und Umrichten. Hier nach wird sich besonders die Beschaffenheit der Stahlhalter richten. Bei der Massenfertigung wird man Stahlhalterblöcke verwenden, die sich jeweils der Form des Werkstückes anpassen müssen und die nötige Zahl Stähle enthalten. Soll dann eine andere Arbeit erfolgen, so entfernt man den ganzen Block von den Supporten, legt ihn beiseite, und wenn man ihn wieder braucht, fällt jedes Einrichten fort, denn alle Stähle sind in Höhe und Entfernung zueinander in der richtigen Einstellung geblieben.

In der Serienherstellung sind solche Stahlhalterblöcke schon aus dem Grunde nicht zu empfehlen, weil man zu viele auf Lager halten müßte. An ihre Stelle treten dann sog. Universalstahlhalter. Bei diesen wird der Drehstahl in ein Prisma aufgenommen und mit einer besonderen Schraube festgeklemmt. Zur Spandruckaufnahme dient eine zweite Druckschraube. Auf die Supportoberfläche lassen sich beliebig viele solcher Stahlhalter nebeneinander aufschrauben. Weil man in solchen Stahlhaltern auch Formstähle aufnehmen kann, läßt sich für jedes Drehstück schnell und leicht eine Werkzeugeinrichtung zusammenstellen. Man kann die Stähle schon vor dem Aufbringen des Stahlhalters auf die Maschine in richtiger Höhe einstellen, weil die Höhe des Stahlhalters so festgelegt ist, daß die obere Fläche mit der genauen Drehmitte in einer Ebene liegt. Zum Einrichten braucht man dann nur noch die Stahlhalter in den gewünschten Abständen und im richtigen Verhältnis zum beabsichtigten Durchmesser nebeneinander auf den Support-Oberflächen zu befestigen, wozu man sich am besten eines zwischen den Spitzen aufgenommenen Musterstückes bedient.

Man kann den Universalstahlhalter noch mit einem besonderen Stahlschieber versehen, der beim Längsdrehen an einem Konuslineal gleitet. Dadurch gewinnt man eine Einrichtung auch zum Konusdrehen. Da sich das Konuslineal im Winkel verstellen läßt, kann man Konen bis zu 30 Grad drehen. Ing. W.—an

Eine Schutzvorrichtung für Kohlenoxydvergiftung

Eine neue Kohlenoxyd-Schutzvorrichtung für Bergleute beschreiben die bekannten amerikanischen Experten S. H. Katz und J. J. Forbes. Dieser Apparat kann natürlich auch bei anderen Arbeiten über Tag getragen werden, wo die Ausführung der Arbeiten durch das Vorhandensein von Kohlenoxyd gefährlich erscheint, zum Beispiel bei Reparaturen an Abzugschächten, Öfen usw. Der Apparat besteht aus einem kleinen Behälter aus Zinnblech mit angesetztem Mundstück. Dieses setzt der Träger im Falle der Gefahr an den Mund und saugt die Luft ein. Damit er nicht versehentlich durch die Nase atmen kann, wird diese durch eine Klammer verschlossen gehalten. Um ein Verlieren der Klammer zu verhüten, ist diese mit einer Schnur an dem Apparat befestigt und samt diesem in einer flachen Büchse untergebracht. Der angesaugte Luftstrom steigt zunächst durch kleine Löcher am Boden des Behälters, darauf durch eine Watterschicht, die zwischen zwei Drahtnetzen liegt und Rauch und Schmutzteilchen zurückhält. Alsdann geht die Luft über 90 ccm Kalziumchlorid, wobei der beigemengte Wasserdampf beseitigt wird, der die Wirksamkeit der eigentlichen Schutzmasse beeinträchtigen würde. Diese besteht aus einem Gemisch von Braunstein und Kupferoxyd, das katalytisch wirkt und etwa vorhandenes Kohlenoxyd in Kohlenoxydul umwandelt. Somit gelingt es, mit dieser Schutzvorrichtung die giftige Einwirkung des Kohlenoxydes auf mindestens 0,5 Stunden zu verhindern.



Familie und Heim



Das Mädchen für alles

Die Fabrikarbeiterin hat es schwer, die Verkäuferin, die Schneiderin, allen wird in ihrem Beruf nichts geschenkt. Aber am schwersten hat es doch das Mädchen, das „in Dienst“ gehen muß zu einer „Herrschafft“. Denn während alle anderen Berufstätigen in ihrer freien Zeit unabhängig sind, so ist doch das Dienstmädchen Tag und Nacht an das Haus ihrer „Herrschafft“ gebunden. Innerlich und äußerlich befindet sie sich in ständiger Bereitschaft und ihre freie Zeit reicht gerade zum Strümpfstopfen. Steht eine Wahl vor der Tür, so „klart“ die freundliche Herrschafft sie auf, wohnt das Kreuzchen auf den Stimmgabeln zu setzen sei, denn von Politik erfährt das Mädchen nichts. Sie hat nur fleißig zu sein, sauber und ehrlich, und heimlich wünscht sich die „Herrschafft“ noch ein „dummes“ dazu. Je dummer sie ist, um so mehr ist sie „Berle“. So und Amen muß zu allem gesagt werden, was die gnädige Frau befiehlt; ohne Widerspruch hat sie sich von den Kindern tragen, bogen und beschimpfen zu lassen. Nach Möglichkeit wird die Minna oder die Auguste in einem Jungfrauenverein untergebracht, damit man auch ja ganz sicher ist, daß die freie Zeit nicht nach eigenem Ermessen ausgefüllt wird. Das Mädchen wird in jeder Beziehung bevormundet. Ihre Anschaffungen werden kontrolliert, Art und Zweck ihrer Ausgänge, ihre Post geht durch die Hand der gnädigen Frau und die Verwandtschaft wird unter die Lupe genommen.

Sehr bedenklich erscheinen immer die Mädchen mit einem Schah, wie ja überhaupt jedes Mädchen von vornherein als ein Wesen betrachtet wird, dem man nie mit genug Mißtrauen begegnen kann. Mädchen sind nach Ansicht der Herrschafft meistens diebstüchlich, weswegen man ihnen im Abgangszeugnis beweisene Ehrlichkeit bescheinigen muß. Am liebsten mag man Mädchen vom Lande, die die Herben großstädtischer Damen für pure Nehmtheit erachten und fischen. Vor allem haben die Landmädchen keine Beziehungen zur Stadt, sie sind „ohne Anhang“ und also kein zu der Herrschafft angewiesen. In Industriegegenden werden sehr gerne Mädchen aus Ostpreußen geholt, die angeblich „für'n Taler und 'n roten Rod“ dienen. Guter Lohn und freie Hintertüre wird versprochen, der den bescheiden lebenden Menschenkindern herrlich hoch erscheint. Aber sie kennen die teuere Lebensverhältnisse in der großen Stadt nicht, sie sind im Umgewandelt und trübe Gesellen gibt ja leider genug, die die Erfahrung ländlicher Mädchen in der Stadt auszunutzen wissen.

Wer selber mal „in Stellung“ gewesen ist, der wird wissen, was für Qualen diese Abhängigkeit von der sogenannten Herrschafft in sich birgt. Das Fremde, oft larme Brot. oft mit Mühsamkeit erreicht, das schmeckt recht bitter; die Einsamkeit inmitten der Menschen mit der sogenannten feineren Lebensart tut weh. Und wenn eine dann erkrankt, wie morsch dieser ganze „gnädige“ Herrschafftbetrieb ist, wie das ganze Getriebe nur ein ausgeblasenes, fauliges Gefäß ist, in dem man noch dazu so tun muß, als läge man diese Fehler nicht; das kann wohl mancher enttäuschten Nebenbei noch dann unmöglich noch so ein armer Dienstmädchen Nichtachtung, Demütigung und Ungerechtigkeit über sich ergehen lassen. Ist noch eine Schicksalsgenossin mit im Hause, dann geht. Die verwundlichen wenige sind es aber, die sich zu planmäßigem Besamenschluss aufzwingen. Die meisten trauen sich nicht, weil sie sonst „fliegen“. Es gibt ja so unzählige, die

sich für ein Butterbrot anbieten und den Dienst gerne übernehmen. Die alte Gesindeordnung ist zwar 1918 aufgehoben worden und das Arbeitsgericht versucht heute zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Streitfällen zu vermitteln. Aber die deutsche Hausfrau in Nord, Süd, Ost und West hat dies alte Gesindebuch in geistige Erbpacht genommen. Für sie ist die Hausangestellte noch ein x-beliebiger Gegenstand, den man nach Wunsch und Laune handhaben kann. Sie weiß noch nichts davon, daß eine Hausangestellte ein Mensch ist. Sie glaubt, ein Mädchen habe nur Pflichten, sie selbst hingegen habe nur Rechte. Sie fühlt sich als Obrigkeit, das Mädchen ist ihr Untertan, der für sie eben den Dreß wegzumachen hat.

Es ist dem Reichsrat kürzlich ein Gesetzentwurf vorgelegt worden, der den Aufgabenkreis der Hausangestellten und Hausgehilfen festlegen soll, ebenso seine Rechte gegenüber dem Arbeitgeber. Wir Frauen werden dem Entwurf ganz besondere Aufmerksamkeit entgegenbringen müssen, wenn er auf der Tagesordnung des Reichstages steht. Die Hausfrauenvereine fühlen sich naturgemäß durch das Nerven eines Gesetzes dieser Art schwer in ihrer treu-orgenden Liebe für das Personal mißverstanden. Wenn es nach ihnen ginge, dann bliebe alles nicht nur beim alten, eher trumpfte man noch etwas mehr auf. Bei den Arbeitsgerichten entrollen sich oft recht merkwürdige Bilder, die das so krampfhaft geliebte „patriarchalische Verhältnis“ eigenartig aufzeigen. Kommt das Gesetz zustande mit allen Einschränkungen, die so dringend nötig sind, dann wird es ratlos sein, daß man es denen zugänglich macht, die sich in Familienstellen befinden und auch denen, die sich in solche Stellen begeben wollen. Hoffentlich wird es wenigstens in einem schlichten, gemeinverständlichem Deutsch abgefaßt, denn an Unverständlichkeit tranken alle unsere Gesetze.

Eltern aber sollten es sich doch recht sehr überlegen, ob sie es nicht vielleicht irgendwie ermöglichen können, daß ihre Tochter einen Beruf regelrecht erlernt. Wer aber sein Mädchen doch aus wirtschaftlichen Gründen rasch aus dem Hause geben muß, der lasse sie nur ja nicht blind in dieses so besonders eigenartige Berufsleben hineingehen. Es mag gewiß Haushalte geben, wo die Mädchen wirklich gut aufgehoben sind, wo man ihre Gesinnung, nicht knebelt, wo man ihre Arbeit, die ja nun einmal irgendwie und von irgendwem getan werden muß, auch wirklich anerkennt. Auf eben Fall aber ist es ratsam, sich genau zu erkundigen, wohin der junge, noch unerfahrene Mensch kommt. Das Recht der Entscheidung darf der Herrschafft nicht allein vorbehalten bleiben. Bei einem ferneren Ort kann man vielleicht Genossen oder Verwandtskollegen um Auskunft bitten. Man sei auch nachsichtig, wenn das Mädchen vielleicht nicht „ausfällt“, man verlange nicht blinde Unterordnung und blinden Gehorsam; manche halten beides irtümlicherweise für „ganz gesund“. Sich einordnen muß das Mädchen können, aber das muß es von Hause mitbringen.

Der festgefahrene Begriff von Herrschafft und Dienerschaft muß endlich aufgelockert werden, denn er ist längst überlebt. Aber das muß von uns ausgehen, von drüben haben wir nichts zu erwarten.

maligem Tragen um die Gelenke schlottern. Der Geschmack des einzelnen, der vom Verstand, zum allergrößten Teil jedoch von der entsprechenden Fähigkeit des Gelbtheils geleitet wird, bleibt auch in dieser Sache bestimmend. Darüber mögen die verschiedenartigsten Meinungen vorherrschen, aber es läßt sich nicht darüber streiten.
Peter Soosen.

Hausfrauenerien

So klein der Mut!
Die Lust so schwül!
Und jede Stunde das gleiche Ziel!
Arbeit und Pflicht!
Thy ahnt ja nicht,
Was auf den Schultern der Hausfrau ruht.

Einmal hinaus!
Fort in die Welt!
Einmal nur tun, was mir gefällt!
Lachen und Lust
Füllt meine Brust.
Wie sieht die Freiheit so golden aus! —

Es währt nicht lang,
So kehr ich heim.
Hab gena' jetzt vom Königseim,
Hab genug jetzt an Spiel und Cand.
Geht mir die Hand:
Am aller schönsten ist's doch daheim!

M. Schenk

Die Garde stirbt, aber — ach nein ...

Das Gardebataillon war das Leibregiment Seiner Majestät. Es stellte etwas Besonderes in der wilhelminischen Armee dar. Es ward von den gewöhnlichen Regiments durch auffallende Uniform mit fliegendem Adler auf dem Helm hervorgehoben. Bei ihm, das heißt in seinem Offizierskorps gab der Adel den Ausschlag. In den Schulbüchern wurde von diesem Regiment viel Schönes und übergroße Tapferkeit berichtet. „Die Garde stirbt, aber ergibt sich nicht!“ Das war die gewöhnliche Unterart und der ungewöhnliche Bürgermann auch gerne von einem Regiment annehmen, in dem der Adel, die Triarier seiner Majestät, in ihrer besten Blüte untergebracht war. Und besonders glaubte man ganz allgemein das im Weltkrieg annehmen zu müssen, der den letzten Blutstropfen vom allerärmsten Volke verlangte, in dem Kriege, wo es darum ging, neue Herrschaftsgebiete für fürstliches Geblüt und fremdes Land mit Erb- und Kohlengruben für das Schwerkapital zu erringen.

Allein, auch in der Tapferkeit des Leibregiments mit dem besten preußischen Adel kann der Mensch sich schließlich trügen.

Der Schriftsteller Arno Schifano hat das bide Regimentstagebuch des feudalsten Kavallerieregiments in die Hände bekommen. Er kommt nach dem Lesen (im „Tagebuch“) zu folgendem Schluß:

„Das Regiment war viel zu vornehm, um an der großen Weltkriegsbluterei teilzunehmen. Es war durchweg bei hohen Stufen im Westen und besonders lange im Osten, damit den hochmögenden Herzen ja nichts Unrechtes geschähe. Am 17. August 1914 hat es die Feuerkämpfe erhalten, die 20 Herzen das Leben gekostet hat. Bereits im Dezember 1914 hat es sich in die sicherste Etappe an der belgisch-holländischen Grenze begeben und dann im Sommer 1916 den östlichen Kriegsschauplatz aufgesucht. Am 18. August 1918 — also zwei Jahre nach Kriegsbeginn — fiel infolge einer Artilleriebeschießung der erste Offizier und ein Gefreiter. Infolge dieser schmerzlichen Verluste wurden Leib- und zweite Eskadron aus ihren Ruhequartieren herausgezogen und nach Krasnojarsk verlegt.“

Im Westen und Osten wurden Schulungen und halbe Greife ins Feuer gejagt und die Truppe erst zurückgezogen, wenn sie auf 80 bis ihres Bestandes zusammenschmolzen war. Das Leibregiment aber, wo der Adel beisammen war, wurde in die aller sicherste Etappe abgeholt — das natürlich nur, um das edle blaue Blut zu erhalten. Das Leibregiment Seiner Majestät war bei Völkern beisehen überhaupt nicht im Kriege. Ja, ja, die Garde stirbt, aber ... Wie der Herr, so's Geschick!

Was ein Mann tragen soll

Als ich (in Nr. 29) die Ankündigung von Hildegard A. las, sie werde einmal den Männern Vorlesungen machen, wie sie sich bequem und zugleich gut anziehen können, war ich recht gespannt auf das, was kommen werde und was sehr neugierig zu vernehmen, was eine Frau dazu zu sagen habe. Nun, nachdem ich den angekündigten Aufsatz gelesen habe, muß ich gestehen, daß ich bezüglich der Verbindung des Aussehens mit dem Wohlleben bei der Männerkleidung voll mit den Ansichten S. A. übereinstimme.

Andersherum kann aber auch manches nicht ganz so widerspruchslös zusammengebracht werden. Man schreibt: „Die Frauen können die Forderungen für uns als gelöst betrachten“, womit wohl angedeutet sein soll, daß die Frauen in ihrer Kleidung den Männern an Farbenprägnanz, Bartheit und Bequemlichkeit der Stoffe vorzuziehen wären. Indessen hat sich die Frau immer gerne lebensfroher gekleidet, weniger um Veranlassung oder Schmuckgründen zu genießen, sondern um einem Lebenszweck nachzukommen: auf die Männerwelt anzugehen einzuwirken. Wegen dem all die Jahrhunderte hindurch die weiblichen Kräfte Form und Wesen oft verändert haben, immer unterschieden für sich durch „jauchend-mütterliche“ Merkmale von der der männlichen. Ich bezweifle nämlich, ob heute einem hässlichen Strampfen weiblichen Wesen die gleiche Aufmerksamkeit zuwenden würde wie der weiblichen Gestalt.

Das sehr bedauerliche, aber es ist doch ja. Wer kann da einer Tochter unter den heutigen Verhältnissen eine solche Handlungsweise ablernen? Ob oder eine weiblicher Erscheinung in gesellschaftlicher Beziehung (von diesem Standpunkte aus) noch in einem großen Teil des Aufgebotes getragen) vorgegeben ist, darüber läßt sich streiten. Denn auch während der letzten Jahrzehnte haben die Frauen da sehr wenig unterschieden. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß heute der weibliche, für weit und einfach anzugehen, die Dinge herauszukommen ist: Nicht ist es auch an, was ich anfragen habe?

Da waren wir bei der Besprechung der Sache angelangt: Wird die neue Idee von der Männerkleidung leicht durchzusetzen sein oder eines Tages doch zur Wirklichkeit werden? Auch dies läßt sich nicht mit Bestimmtheit beantworten. Ein einziger, der eine neue Schöpfung auf diesem Gebiete wirklich verwirklichte, würde wie eine Dämonie in der Welt haften, einen mächtigen Schlag auslösen. Er wird, wenn er nicht sehr bald ist, wieder in den „geschönten“ Zustand zurückfallen. Hat man doch das treffliche Beispiel an den Randenscheitern mit ihrer Kleidung und einfachen Tracht. Um nicht als Kopienherber der geschmacklos verzierten Gesellschaften betrachtet zu werden, haben sie sich den allgemeinen Geschmacksrichtungen und Modeströmungen angeschlossen. (Die feministische Jugendbewegung jedoch, bevor sie erstarb, in der Art ihrer Kleidung eine sehr gute zu den neuen Anforderungen passbare Gegenleistung.) Allein, auch die Vertreterinnen des modernistischen Schmeckens werden heute beim Anblick der neuen Dämonie, die sich im (nicht entgegengesetzten) Sinne des „Schönscheiterns“ (von dem die Arbeiterbewegung mancher Verbände übernommen hat) wandern. Sie haben nicht mehr in die heutige Zeit, die „eigenen Jugendbewegung“, noch ihrer vernünftigen Kräfte in der Bekleidung. Ja, wie man sagen, die ersten Vorlesungen haben doch nun nicht damit zu tun! Und doch, auch die menschenliche Kleidung ist eine Erziehungsfrage, die man sich nicht entziehen kann.

nur auf dem Wege über die Jugend zu lösen vermag. Den Alten, damit meine ich auch Leute unserer Gesinnung, ist so etwas neben-sächlich. Sie tragen, was sie haben.

Es ist nicht mit Unrecht gesagt worden, daß die Kleidungsangelegenheit eine Feiertagsfrage sei. Der Kapitalismus übt darauf einen nicht geringen Einfluß aus. Man spielt den Zwang, unter dem man sich befindet, ist aber zu kraft- oder machtlos, sich dagegen anzukämpfen. Man trägt, was „die Zeit gebietet“. Wobei man sich über diese Angelegenheit unbedingt vorurteilsfrei denken, selbsterhöhtige Handlungen, die sich naturgemäß für einen vernünftigen Menschen aus Erwägungen über die Güte und Zweckmäßigkeit einer betreffenden Bekleidungsart ergeben müssen, läßt vielfach der Dampf ums Brot nicht zu. Wer würde heute einen Mannchen in seinem Büro, Geschäft usw. dulden, der durch seine Kleidung die Spottlust seiner wertigen Mitmenschen hervorriefe? Und darüber das „Ansehen“ seines Chefs schwer schädigte? Die Arbeiter haben es in dieser Beziehung bedeutend leichter als die Beamten und Angestellten. Man will aber doch auch keine Ausnahme darstellen, die der Sache leicht ein „zünftlerisches“ Gepräge geben könnte.

Auch ich bin sehr für eine Vereinfachung auf diesem Gebiete. Besonders sehr ich die langen Schleiher der Männer als ein lästiges Übel an und würde mit Vergnügen zur Tracht des 18. oder 19. Jahrhunderts zurückgehen, zu Rodenstrümpfen und Anziehosen, weißer Hemdblöße mit farbiger Samtweste. Nach meiner Meinung gibt es nichts Besseres. Aber wodurch kann gerade die Tracht der Anziehosen aus der „Mode“? Weil beispielsweise die harten Beine von manchem ihrer Träger offene Spottlust herausforderten und schnell noch einer Abhilfe oder Behebung des Übels Anschan gehalten wurde.

Diese Angelegenheit in absehbarer Zeit zu einem in unserer Sinne befriedigenden Ergebnis zu bringen, sehe ich noch keine Aussicht. Unter den Erwachsenen wenigstens nicht! Selbstverständlich können jetzt schon alle einigermassen möglichen Erleichterungen Anwendung finden. Das Chemische (Korsettchen) steht doch schon bestimmt auf der Ausprobierliste. In jedem Haus befindet sich doch schon eine farbige Weste, die dasselbe empfehlenswert machen. Die sie heute noch tragen, sind vielleicht ja arm, sich ein ganzes Semb-leben zu lassen.

Frau und Weste werden genau so wie Schiffs und Tragen ins Meer geworfen, wenn ihre Zeit gekommen ist.

Erst der wirtschaftlich freie Mensch wird sich ganz von den Modeströmungen des Bürgerklasses befreien können und seinen eigenen fortschrittlichen Ideen leben. Die des heute schon tun werden (abgesehen von den Erleichterungen, die sich jeder klarschauende Mensch zu verschaffen vermag), sind an den Fingern abzuzählen. Dazu gehört Mut und Wissen. Da für einen sehr großen Teil unserer Mitmenschen (wie bereits gesagt) die Bekleidungsfrage eine Drangfrage ist, wird da bekanntlich sehr oft der Idealismus auf Was auch verhandelt ist. Man kann ihnen nicht erwarten, eine Kleidung zu tragen, die ihre Stellung aufs Spiel setzen könnte.

Und ehrlich gesprochen, trage ich auch lieber einen kräftigen und herben Stoff, mit dem ich Jahrzehnte auskomme, als zehn jahrelange, kunstvollere Draper, die nur die Hälfte dieser Strapazen aushalten, genau soviel kosten und einem noch drei-

Dr. Seichlingsgurtus

„Sammes schöne geheert, Frau Guhneren, dr Breitfneidern ihre Hise, was de Sibbaniährige is, die macht ies ä Seichlingsgurtus durch.“

„Was? Du gricht die dann ä Gind? Ich sages ja immer, so anne verbormene Jugend heitgudaanch! Gaum huse gonfermiert, da miffenje schon in ä Gurtus gehn fier de Seichlinge.“

„Awer Frau Guhneren, von ä Muz is doch da gar geene Rede. Bei dr. Hise is nisch! Los, die will sich änd bloß ausbilden lassen, wie wir de neigeborn Ginder haben und wideln dut, damit sie mal schäbater, wenn sie verheirat is, nisch alles verhehrt macht. De Breitfneidern hat unrsch doch sälwer so ergählt.“

„Ma das gloom Sie? Ach Gobbden, sin Sie bloß ä naives Gühnen! Sie draun noch alln Mänschen bloß egal Gudes zu. Was soll denn ä junges Mädchen fier. Indresse an dr Seichlingsgurtus hamma, wennne ä reenes Gewissen hat? Denkenne velleicht, ich wäre in meiner Jugend in so ä Gurtus geioofen? Nu da hättich unrsch doch in de Seele nein geschämt vorn Geiten. Kee nee, meine Zieme, mit Breitfneiderns Hise, da schimmt äwas nisch. Da gehsch doch glei de heechste Wätte druff ein. Daffenne nur uff, da daueris gar nisch lange un dr game Calad gomme äs Daachschlicht.“

Rene Woigt in „Illustrierte Reichsbanner-Zeitung“.

Rapport des Polizisten Ebermayer

Gleich als ich den p. p. Runge um die Gde. biegen sah, machte er auf mich den Eindruck einer im Wirtshaus durchschwärzten Nacht. Runge ist mir als Ehrenruhmekmann bekannt, denn er besitzt sehr dunkle Gesichtsfarbe, auch sind seine Aussagen mit Kopf-schütteln zu genießen, weil er seinen lüdenlosen Lebenswandel hat.

Der p. p. Runge lief neben seinem Hunde, der auf mich zu kam mit dem Bemerten, daß er keinen Kaulkorb an habe. Raum hatte Runge mich erblickt, als er in einer um andere Menschen herum-schleuderten Weise in einer Bedürfnisanstalt verschwand. Dort trat ich freundlich an ihn heran, doch legte er sofort ein flehendes Entgegenkommen gegen mich an den Tag und rief mir den bekannten Satz des Dichters Göt von Verhältnissen zu.

Raumem dies geschähen war, schritt ich zur Festnahme. Hierbei glaubte ich bemerken zu müssen, daß der p. p. selbst am ansich. Run-gangs dachte ich, er wolle sein blutunterlaufenes Auge dazu benutzen, um bettelnd Almosen daraus zu schlagen, aber er sagte mir, daß eine Keilerei nicht schuldlos dran sei.

Zeitig befindet sich der p. p. Runge in ernstlicher Lebensgefahr, er steht in Behandlung des Dr. Roser.

Ferientage in den Vogesen / Von Fritz Kummer

Allerhand Unergögliches an der Grenze

Dass die Zollschranken eine schwere wirtschaftliche Schädigung bedeuten, wird in Europa allwärts frei zugegeben. In einem fort weist man darauf hin, daß Nordamerika seinen beispiellosen wirtschaftlichen Hochstand in hohem Maße der Abwesenheit von Schlagbäumen an seinen Staatsgrenzen verdankt. In Neben und Entschleunigungen wird unausgesetzt der Zusammenschluß der europäischen Länder zu einem einzigen Zollgebiet verlangt. Auf der internationalen Wirtschaftskonferenz in Genf wurde die wirtschaftliche Zerrissenheit der Alten Welt laut beklagt und eine lange Reihe von Vereinfachungen für den zwischenstaatlichen Warenverkehr als Vorbereitung für das einheitliche europäische Zollgebiet gefordert.

Es ist also alle Welt einig, daß die Zollmauern abgetragen und bald ganz verschwinden müssen. Kommt man aber mit solchen Gedanken an eine Landesgrenze, so bekommt man reichlich Antriebe zum Staunen und zum Kopfen. Denn dort erhalten die weisen Obrigkeiten nach wie vor unzählige Gelegenheiten, den Warenverkehr zu erschweren, die Ausfuhr zu vereiteln, die Züge aufzuhalten, die Reisenden zu belästigen und dem Bürger, der sonst auch noch was zu tun hat, die teure Zeit zu stehlen.

An dem Sonntag, wo ich dieses Mal bei Kehl über den Rhein wollte, waren die französischen Zöllner offenbar auf große Beute erpicht. Oder wollten sie um jeden Preis ein Beweisstück für ihre Unentbehrlichkeit erschinden? Wie dem auch sei, auf Gold und Edelgestein, auf seidene Wäsche und ditto Schneitztücher, vor allem aber auf Tabak und Zigaretten gieng der Zöllner Brunnst. Erst kam eine Frau und durchwühlte Koffer, Taschen und Schachteln. Ihr folgte ein Mann und übte das gleiche. Und diesem folgte nochmals ein Mann, um eingehend zu prüfen, ob auch ja alles rum- und rumgestülpt worden war. Einer so gründlichen Wühlarbeit blieb denn auch der Erfolg nicht borenthalten: Sinter, im letzten Abteil, hob ein lauter Wortwechsel an. Ein erregtes Rennen von Zöllnern und einem Menschen ließ sich draußen sehen. In der Zollbude blieben ein paar Groschen bei Weh und Ach: die Zöllner hatten bei einem Reisenden sechs Schachteln Zigaretten entdeckt! Man denke nur, was Ungeheuerliches passiert wäre, wenn die sechs Schachteln unverzollt in Frankreich eingeführt worden wären! Den Frevel hat der Eifer der Zöllner glücklich verhütet. Die Grande Nation ist gerettet. Die Zöllner haben wieder einmal ihren Lohn verdient.

Die deutschen Zollbeamten bemühen sich genau so wie ihre französischen Kollegen um die Förderung des Warenverkehrs. Wenn ein Zug von Frankreich angerollt kommt, wirds in der deutschen Zollbude lebendig. Einige Beamte erbarmen sich des Handgepäckes der Reisenden, sechs Mann suchen die großen Koffer in dem Gepäckwagen heim. Vier Mann karren die Kisten in die Zollbude, an Hintern der zwei Karrenschieber schieben noch zwei an. Bald üben die höheren Zollbeamten ihre Kunst. Zum Beispiel an den Habesigkeiten einer Dienstmagd. O Gott, die hat gar eine Schachtel mit weißlichem Zeug! Ist das Pulver oder Mehl oder gar Flohpulver? Wange Frage. Um das Geheimnis zu ergründen, strengen die Zöllner Geruch, Geschmack und Gefühl, also alle ihre Sinne an. Nach etlichem Hin und Her kommen sie zu dem Schluß, daß es Schweißpulver ist. Wie hoch ist nun aber die Gebühr für die Einfuhr von einer Schachtel Schweißpulver? Wer kann auf eine dermaßen wichtige Frage eine bestimmte Antwort aus dem Kopf geben? Niemand. So werden denn Bücher gewälzt, Listen durchgesehen, wird die Dezimaltafel gestellt. Ist nicht der Mühe wert. Die Revision ist wieder einmal gemacht. Die sechs Mann schieben die Koffer, dabei Vorsicht! Vorsicht! schreiend, zum Gepäckwagen. So, nun wäre das halbe Tagewerk wieder glücklich vollbracht. Es gibt nun wieder ein paar Stunden, in denen man die Armut des Vaterlandes, die schwere Arbeit und die Geringsfügigkeit des Gehalts besprechen kann. Wenn die da oben in Berlin nur wüßten, wie schwer man sich hier, fünfzig Meter vor dem „Erbsfeind“, für das Wohl des armen Deutschland abrackern muß!

Währenddessen warten zweihundert Menschen dreiviertel Stunden lang.

Ja, ja, Deutschland ist ein armes Land. Es braucht viel mehr Warenzufuhr, um bestehen zu können. Darum sind zunächst einmal zehntausend Zöllner in Märsch gesetzt, um die Warenzufuhr wie die Armut auf ihre Weise zu bessern.

Die Zöllner haben ihresgleichen in den Passkontrollen. Der Passwag ist ein Teil der bürokratischen Straße, die mit Kriegsbeginn ausbrach und heute noch scheußlich grassiert. Zwar haben alle die Staaten, die eine einigermaßen vernünftige Regierung haben, das Visum abgeschafft, das heißt also, daß das Visum noch im Zwischenverkehr von Deutschland, Frankreich und Belgien vorgeschrieben ist. Allein auch dort, wo der Visumzwang nicht mehr besteht, muß man zum Überschreiten der Grenze einen Paß vorweisen. Das bedeutet für

Dazu braucht man wiederum Beamte, Paßkontrollen. Die haben dafür zu sorgen, daß beispielsweise die Grande Nation und die „freieste Republik“ nicht überrannt werden.

Wenn in Kehl der Zug eingefahren ist, findet man die Zugtüren verschlossen. Bald ertönt es im Zuggang laut und ranzig: Pässe vorzeigen! Pässe vorzeigen! Bald wird man einer uniformierten Gestalt anständig, die mit einem Säbel bewaffnet ist. Zu was bloß der Säbel? Wahrscheinlich um den Fremden, die hier durchfahren, das Wahrzeichen der „allerdemokratischsten Republik“ sehen zu lassen.

Man sollte meinen, daß es für Deutschland gleichgültig wäre, ob die Reisenden, die nach Frankreich wollen, das französische Visum haben. Wer so meint, weiß nicht, was preussische Zucht und Ordnung ist. Der deutsche Paßkontrollen prüft peinlich das Visum, das Paßbild und die sonstigen Eintragungen. Dabei macht sein Blick ein paarmal die Runde vom Paßbild zum Gesicht des Delinquenten und nach dem Säbelgriff. Hinter dem deutschen Paßkontrollen wird ein Zeitgenosse in normalmenschlicher Kleidung sichtbar. Er schaut gelangweilt zum Fenster hinaus. Erst wenn ihm der deutsche Uniformierte den Paß mit einer zackigen Bewegung hinhält, wird man inne, daß



Strassburg Kleberplatz u. Münster

der Mann am Fenster ebenfalls an dem Paßgeschäft beteiligt ist. Er drückt nachlässig einen Zinken in die Klempe und blidt gleich wieder gelangweilt zum Fenster hinaus. Was soll er noch nachsehen, ob die nach Frankreich strebenden Reisenden das französische Visum haben? Sein Sinn steht nicht danach, die Reisenden zu belästigen — der Deutsche hat das ja zur Genüge getan. Es ist schon besser, der Deutsche macht sich beim Publikum „beliebt“, als er, der Franzose. Der deutsche Beamte wird schon wissen, was er dem Rufe seines Staates schuldig ist. Seine Uniform, sein militärischer Schneid und besonders sein Säbel bezeugen das.

Indessen tun die beiden Paßkontrollen, der deutsche und der französische, nur vor den Reisenden so fremd, so zweifeltätlich, so erbfeindlich. Sobald sie ihren gemeinschaftlichen Feind, das reisende Publikum hinter sich haben und etwas gegen Sicht gedeckt sind, verkehren sie miteinander wie zwei gewöhnliche Menschen. Was sollen sie jetzt noch so tun, als ob sie Gegner wären? Sie haben beide ja nur einen Feind und beide die gleichen Interessen. Darüber unterhalten sie sich freundschaftlich, wenn sie allein sind. Zeit haben sie genug dazu. Denn die nächste Gelegenheit zur Ausübung ihrer staatsstümmernden Arbeit kommt ja erst in vier Stunden.

Umschau in Straßburg

Wie alles, so nahm auch die Betrachtung der unergründlichen Geschäftigkeit der Zöllner und Paßpolizisten ein Ende. Der abfahrende Zug riß mich von dieser sinnlosen und kostspieligen Kurzweil los und gab den Gedanken schnell eine andere Richtung. Nach ein paar Minuten tauchten rechts vorne die wohlbekannteren und immer fesselnden Umrisse des Straßburger Münsters auf. Nach einigen weiteren Minuten schon rollte der Zug in den Bahnhof von Straßburg ein. Bald stand ich in seinem Mittelpunkt, am Kleberplatz und spähte nach Menschen und Dingen aus, um herauszufinden, welche Änderungen in den zehn Jahren französischer Herrschaft vor sich gegangen waren.

Es gab da viel zu schauen, noch mehr aber zu fragen und zu vernehmen. Denn besonders auf politischem Felde hatte sich hier manches zugetragen. So hat die gute Stadt vor ein paar Monaten einen simplen Schlosserjungen, der obendrein Kommunist ist, zum Bürgermeister bekommen. Wo man früher die größten Kommunalanonen gerade noch für zulänglich hielt, soll jetzt ein ordinärer Proletarier walten können? Selbstamerweise ist darob das Münster noch nicht eingefallen, ja es wackelt noch nicht einmal. Und auch auf den Gesichtern der Bürger der derart hetzgeschulten Stadt ist nichts zu bemerken, was wie Entsetzen bedeutet werden könnte. Sie scheinen sich selbst unter dem kommunistischen Oberhaupt für lebensfähig zu halten. Ei, wenn da Wilhelm noch kommandiert hätte!

Zunächst fällt die Abwesenheit des Militärs auf. Nur wenige Soldaten sind zu sehen. Die zirkulärartig aufmontierten Säbelschleifer von einst stören nicht mehr das Auge. Die Inschriften an allen Häusern und Straßenecken lassen den Fremdling meinen, in einer rein französischen Stadt zu sein. Diese Meinung berichtigt indessen das Gehör. Man hört noch überall das liebe Deutsch, das Elässerdeutsch, eine Mundart, die, wenn rein gesprochen, einem so urigig vorkommt wie das anheimelnde Bernerdeutsch. Auch in den Lebensgewohnheiten der Bürger scheint sich wenig oder nichts geändert zu haben. Sie sitzen noch wie ehedem an den Nachmittagen in den Kaffeehäusern beim Schwärzen, spielen Karten und politisieren. Politisieren in diesen Tagen etwas mehr als sonst, inwiefern man gerade zwei Autonomienprojekte hatte, deren Tragweite natürlich eingehend besprochen werden muß.

Freilich, wenn man mit seinen Gewerkschaftsmitgliedern zusammenkommt, merkt man, daß sich hinter dem Vorhang der breiten Öffentlichkeit etliches gewandelt hat, was nicht gerade erbaulich ist. Vor allem ist die Gewerkschaftsbewegung bedauerlich stark zurückgegangen. Von den einstigen Ortsgruppen des Deutschen Metallarbeiter-Bundes sind nur noch spärliche Reste vorhanden. Die Büros wie der Verwaltungsapparat sind zusammengeschrumpft. Die Hoffnung wie der Kampfesmut be-

wegen sich in tiefer Niederung. Der alte Stamm eifriger Gewerkschaftsmitglieder hat sich sehr gelichtet, die Auffüllung der Räden läßt zu wünschen übrig.

Unter solchen Umständen muß man sich füglich wundern, daß noch Fähnlein von Kollegen der Gewerkschaftsfrage unverbrüchlich treu bleiben und den Mut trotz alledem nicht sinken lassen. Dazu gehört allerdings eine gewerkschaftliche Unverwundlichkeit, die alle Hochachtung verdient. Dies um so mehr, als unsere elässischen Verbandskollegen ganz auf die eigene Kraft angewiesen sind. Einst konnten sie, wenn sie Hilfe brauchten, zu ihrem Hauptvorstand gehen. Das ist heute nur in sehr beschränktem Maße der Fall. Wegen der Sprachverschiedenheit können die elässischen Kollegen ihre Werbeschriften, Zeitungen, Redner usw. nicht von Paris beziehen, sondern müssen alles selbst und auf ihre Kosten beschaffen. Dies bedeutet erhöhte Ausgaben, eine beträchtliche Beschwerde für eine zahlenmäßig schwache Mitgliedschaft, deren Beiträge ja nach deutschen Verhältnissen überdies gering sind. Zu den mehr organisatorischen Möglichkeiten fügen sich wirtschaftliche und andere, die in ihrer Gesamtheit den unerfreulichen Bestand der elässischen Gewerkschaftsorganisation schließlich begreiflich machen.

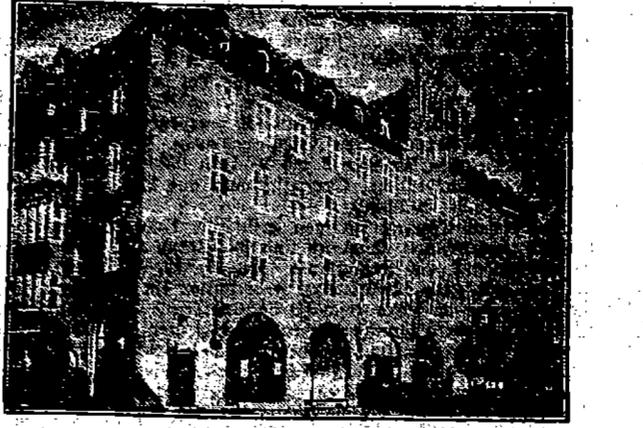
Einen unliebsamen Reagen des kaiserlichen Klassenstaates findet man noch in ganz Elsaß-Lothringen, nämlich die vierte Wagenklasse. Dies ist um so erstaunlicher, als sie Frankreich nie gekannt hat. Für die Beibehaltung dieser kulturellen Rückständigkeit mag der niedrige Preis ausschlaggebend gewesen sein. Freilich fährt die vierte Klasse nur bis an die alfranzösische Grenze, wer weiter will, muß in eine höhere Klasse übergehen. Deutsche Eisenbahnwagen, die die Franzosen als Ersatz für die von dem deutschen Heer zerstörten erhielten, laufen auf allen französischen Linien. Die harten Holzbanker der deutschen Wagen sind aber meist mit elastischen Polstern versehen, auch gepolsterte Arm- und Kopflehen hat man angebracht. In Frankreich weiß man eben, daß die Bahndirektion verpflichtet ist, ihren Kunden möglichst viel Bequemlichkeit zu bieten. Auch den Kriegsinvaliden und den kinderreichen Familienältern kommt die französische Bahn viel weiter entgegen, als die deutsche. Bei Vorlegen eines Ausweises erhalten sie zum Teil recht erhebliche Fahrpreismäßigungen. Dann erheblich billigere Rückfahrkarten und kein Schnellzugzuschlag. Alles Verbesserungen gegen früher, die auch die Elsaß-Lothringer wohl zu schätzen wissen und worauf hinzuweisen sie nicht verfehlen. (Wird fortgesetzt.)

Das Volkshaus in Bremen

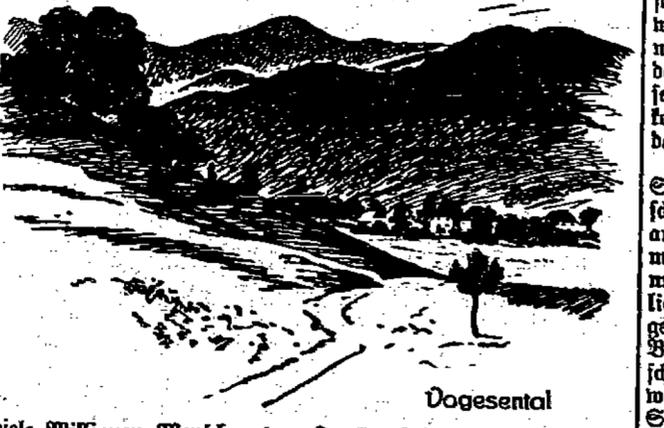
Die organisierte Arbeiterchaft Bremens hat sich ein wirklich schönes Haus geschaffen, das ein trefflicher Zeuge für ihre Stärke wie auch ihrem Vertrauen in die Zukunft ist. Sie hat dort einen Ort für Freud und Leid der Genossen sowie für die Vorbereitung und Durchführung der Aufgaben der gewerkschaftlichen Organisation. Betritt man das geräumige Gebäude an der Nordstraße durch die Hauptfronte, steht man in einer sehr räumlichen Wandelhalle, groß genug, um Versammlungen abzuhalten, und anheimelnd genug für Hören von Vorträgen. Die Umrahmung der Wandelhalle wirkt angenehm auf Besucher und Hörer. In der Tat werden hier auch Versammlungen und bergnügliche Unterhaltungen abgehalten, solange die besonders dafür bestimmten Räume noch nicht fertig sind. Von der Wandelhalle führen Türen zu der Restauration wie zum Vortrags- und Filmklub. Außerdem hat das Haus drei Versammlungsräume von unterschiedlicher Größe und verschiedener Ausstattung. Der Leses- und Bibliotheksaal bildet die Brücke zum Jugendheim, in dem die Jungen sich sicherlich wohl fühlen.

Die Büros der Gewerkschaften sind auf das neugestaltete eingerichtet. Ein ganzer Flügel des Hauses enthält die Räume der Arbeiterkammer. Große, helle Büroräume sorgen für Arbeitslosigkeit des Verkehrs. Ein bewundernswertes Dokument des machtpolitischen Willens aber ist der sogenannte Kammeraal. Das erste, was uns beim Eintritt in diesen Raum in die Augen fällt, ist ein leuchtendes Rot, das von den in Sufeisenform stehenden Sesseln ausströmt. Man fühlt unwillkürlich: hier ist ein Thronsaal der Arbeit.

Um den vielen auswärtigen Gästen der mancherlei Tagungen, den vielen Urlaubreisenden aus Arbeiterkreisen des Binnenlandes im eigenen Hause gebiegene Unterkunft bieten zu können, hat das Volkshaus in zwei Stockwerken ein Hotel geschaffen, das auch den vermögtesten Ansprüchen gerecht wird. Hundert Betten in Doppel- und Einzelzimmern stehen zur Verfügung. Die Zeit wird zeigen, daß diese freundliche Gaststätte nur einem längst bestehenden Bedürfnis Rechnung getragen hat. Die Wände sind ohne Bierat in lichter, froher Farbe, die Möbel sind ebenfalls in freundlichem Farbton gehalten. Fließendes kaltes und warmes Wasser läßt ein, den Reifestaub herunterzuspülen. Mit der Einrichtung einer Service wird eine soziale Pflicht denen gegenüber erfüllt, die gar manchmal vergessen werden. Hier finden alle die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter für die Nacht ein bequemes Obdach. Die weißen Betten stehen in bläulichen Zimmern. Ein Duschbad sorgt für Erfrischung.



Das Volkshaus beherbergt noch das Gemeinnützige Gesellschafts-Institut und die Ausstellungsräume, die damit verbunden sind. In würdiger Form gehalten wird in diesen Räumen gezeigt, wie jedem nützlichen und geschäftsmäßigen Betrieb abholf, die letzte traurige Pflicht dem Toter gegenüber erfüllt werden kann. In der anschließenden Blumenhalle zeigt die dem Gemeinnützigen Gesellschafts-Institut angegliederte Gärtnerei ihre Erzeugnisse. Deren, die das Volkshaus in Bremen noch nicht kennen, möchten wir sehr eindringlich zurufen: fahrt auch der Weg nach Bremen, so geht zum Volkshaus! Was die bremische Arbeiterchaft dort geschaffen hat, ist wert, überall bekannt zu werden. Jeder wird einen guten Eindruck davon mitnehmen, was fleißige Gewerkschaftsarbeit zu erröthen vermag.



Vogesental

viele Millionen Menschen den Zwang, sich einen Paß zu besorgen und ihn von Zeit zu Zeit erneuern zu lassen. Um die Reiseflecke bekommen zu können, muß man eine andere Flecke vorlegen, und um diese vorlegen zu können, muß man sich erst einen noch andern Amtswisch besorgen. Das gibt Arbeit, dafür muß man Beamte haben, dadurch ist es gegeben, den Bürgern zu zeigen, daß sie doch nur Untertanen sind. Das kostet viel Geld und viel Zeit. Aber zu was sind denn eigentlich die Untertanen da?

Natürlich müssen die Flecken nicht nur ausgestellt, sondern es muß auch kontrolliert werden, daß jeder eine Flecke hat.



Verbandsleben



Die Organisierung der Arbeiterinnen

Wie gewinnt man sie?

Der Aufsatz der Kollegin Hedwig Reumann in Nr. 23 sowie der des Kollegen Fritz Kummer in Nr. 22 der MZ über die Organisierung der Arbeiterinnen gibt mir Veranlassung, folgendes zu schreiben:

Man kann wohl diese Frage nicht mit kurzen Worten beantworten und auch nicht wohl behaupten, so oder so muß gearbeitet werden. In jedem Ort oder jedem Betrieb liegen die Verhältnisse anders. Rollen wir vorwärts kommen, so ist es erste Pflicht der organisierten Arbeiterinnen, endlich einmal mitzuarbeiten. Wir dürfen nicht unsere Pflicht für erfüllt sehen, indem wir unsere Beiträge bezahlen und schließlich noch die Versammlungen besuchen. Würden wir uns länger mehr um die Gewerkschaftsarbeit kümmern, so wären heute bestimmt mehr weibliche Funktionäre zu verzeichnen. Wieviel haben wir Betriebsrätinnen, wieviel weibliche Kassierinnen oder weibliche Mitgliedervertreter usw.?

Wir hoffen eben leider noch so sehr in dem Charakter der Frauen, daß dies Aufgabe der Männer sei. Als Funktionär kann man sich doch erst mit der Sache so richtig vertraut machen. Ich rufe deshalb allen Kolleginnen zu, schenkt nicht die Arbeit, versucht das Amt als Funktionär zu bekleiden, denn es dient eurem eigenen Nutzen. Hierbei möchte ich mit erwähnen, daß wir nicht, wie Kollegin Reumann anführte, unserer Organisation den Vorwurf machen können, daß sie sich nicht tatkräftig genug für die Arbeiterinnen einsetzt, sondern ich muß sagen, daß wir selbst mit die Schuld an dem üblen Zustand tragen. Das, was bisher für die Frauen geschaffen worden ist, haben wir zum größten Teil unseren Kollegen zu verdanken. Es könnte allerdings noch bedeutend besser sein. Ein großer Teil unserer Kollegen verkennt es, auch die eigene Frau oder Tochter der Organisation zuzuführen. Viele Männer denken, wenn ich nur organisiert bin, brauchen meine Familienmitglieder es nicht auch zu sein. Auch die jüngeren Kollegen sollten, wenn sie eine Freundin haben, sie zur Organisation bringen.

Was nicht es viel, wenn unsere Verbandsgestellten Versammlungen abhalten, Lehrstühle vorziehen geben? Die Anwesenden stimmen dem zwar vollkommen zu, wenn aber die Versammlung beendet ist, sind die guten Worte und Ermahnungen zum Ohr hinan. Daß unsere Organisation wirklich besteht ist, die Frauenbewegung vorwärts zu bringen, beweist ja, daß im Januar d. J. der erste Frauenkongress in der Reichshauptstadt in Dürrenberg abgehalten wurde. Es fehlt nur noch an der Mitarbeit der Frauen.

Wenn nun die Kollegin Reumann verlangt, daß erst die Forderung: Gleicher Lohn für gleiche Leistung durchgeführt werden müsse und glaubt, erst dann die Unorganisierten gewinnen zu können, so ist das meiner Überzeugung nach nichts anderes als die Suche auf den Kopf stellen. Jedem Fernstudium wird einleuchten: erst wenn wir die Frauen für die Organisation gewonnen haben, dann können wir den gleichen Lohn durchsetzen, nicht umgekehrt. So wie heute der Unorganisierte nicht verlangen kann, daß erst ausreichender Lohn geschaffen wird, ehe er sich organisiert, genau so falsch ist es, wenn wir Frauen erst gleichen Lohn für gleiche Leistung fordern, ohne uns anorganisierten, ohne also zur Durchsetzung der Forderung etwas beigetragen zu haben. Wir können ja nur schrittweise vorwärts kommen.

Ich möchte also alle Kolleginnen ersuchen, innerhalb ihrer Bezirke Arbeitervereine zu bilden und zu beauftragen, wie gearbeitet werden soll, um die Frauen für die Organisation zu gewinnen. Wenn eine ganze Gruppe auf Organisation geht, wird die Arbeit nicht unmaß sein, und daraus können wir am besten lernen, wie das Herz der Unorganisierten eingestrichelt ist. In die Gebiete und Kreise, die ihrer Kollege Kummer anersucht hat, muß man sehr oft hingehen, aber auch oft wird einem erklärt, daß sie sich mit einem Mann in ein Gespräch überhaupt nicht eingelassen hätten. Hieraus erweist man wieder das Hindernisgefühl der Frauen; denn in einem Mann sehen sie immer eine höhere Person und fürchten sich, diesem gegenüber ihre Meinung zu offenbaren. Aus diesem Grunde ist es zu begrüßen, wenn es nur zu Besprechungen nur für Frauen getroffen werden, damit wir erreichen, daß auch Arbeiterinnen sich an der Aussprache beteiligen, was doch meist unterbleibt, wenn Kollegen anwesend sind. Also, jede Kollegin sei bestrebt, mitzuarbeiten für die Organisierung der Arbeiterinnen. Gertrud Sch.

Student und Arbeiter

Arbeiter und Studenten können miteinander in Verbindung, wenn der Student als Berufstätiger in die Betriebe geht. Die Idee des Berufstudiums ist alt. In Indien galt als Ideal bester Erziehung die gleichzeitige Ausbildung in Hand- und Kopfarbeit. Bei uns gab es erst wieder Berufstudien in der Zeit der Aufklärung und Nationalität. Viele Studenten, die selbst aber deren Familien kaum zu versorgen vermochten, versuchten durch Arbeit in Vergewerben, Journalen oder sonstigen industriellen Betrieben ihren Lebensunterhalt und die Mittel zur Deckung ihrer Studien zu verdienen. Die Ergebnisse dieser Versuche waren aus dem oben nicht ohne Grund. Das hat uns gelehrt, daß man nicht nur durch Arbeit, sondern auch durch die Hilfe der Familie und durch die Unterstützung der Verwandten unter den Studenten als Ergänzung und unterstützende Mittel, mindestens ein Jahr lang Unterstützung zu verdienen, auch wenn keine materielle Not zu befürchten ist.

Wie aus dem obenstehenden Text von Studenten mit Kollegen bei industrieller Arbeit zu verdienen, ist es heute weniger zu erwarten, da der zweite Weltkrieg die Wirtschaftslage in Deutschland, die zum 2. bis 10. Juli 1929 abgeschlossen wurde. 100 Berliner Industrieller Organisationen aus 28 Ländern berichten über industrielle Schließung.

In dieser Zeitung haben wir schon oft über die Arbeiter und Studenten in Deutschland, England und Frankreich geschrieben. Es sind heute, die 10, 12, 15 Jahre mit dem Krieg, mit Hunger, Kummer und Not, in der Welt, in der Arbeit aber im Krieg geschloffen haben. Durch den Krieg sind die Arbeiter und Studenten in der Welt, in der Arbeit aber im Krieg geschloffen haben. Durch den Krieg sind die Arbeiter und Studenten in der Welt, in der Arbeit aber im Krieg geschloffen haben.

Es ist heute nicht, um der Zeit der Arbeiter und Studenten zu schreiben, sondern um den Kampf heraus, dieser Zeit mit besten Möglichkeiten zu kämpfen, für die Arbeiter und Studenten zu kämpfen. Dieser Kampf ist ein Kampf, für die Arbeiter und Studenten zu kämpfen. Dieser Kampf ist ein Kampf, für die Arbeiter und Studenten zu kämpfen.

Die Arbeiter und Studenten auf dieser Konferenz haben dafür die Sorge, sie alle sind heute alle Mitglieder der politischen und wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Studenten. Die Arbeiter und Studenten auf dieser Konferenz haben dafür die Sorge, sie alle sind heute alle Mitglieder der politischen und wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Studenten.

die Regel sind. Als Volkswirte werden sie die Schüler zerreißend, die heute noch bewußt über wirtschaftliche Zusammenhänge gelehrt werden. Vielfältig ist ihre Aufgabe und nur erfüllbar, wenn die Arbeiterklasse ihnen Vertrauen schenkt.

Was nun wurde auf der Tagung über die Ergebnisse der Berufstudien berichtet? Es war beglückend, von den Vertretern aller Länder zu hören, wie sie wahre Kameradschaft der Arbeiter erleben. Diese jungen Menschen, die meist umhüllt aufwuchsen in Familie und Schule, bekamen da zuerst einmal einen Einblick von dem Kampf ums Dasein, von der Not der arbeitenden Massen. Manches einer, der theoretisch anders dachte, ist da praktisch ein glühender Verehrer des Achtstundentages geworden.

Auf Anregung der Arbeiterstudenten wurde einstimmig beschlossen, daß die studentische Weltarbeit nur unter Führungsnahme mit den Gewerkschaften durchzuführen sei. Dadurch soll verhindert werden, daß den Arbeitern Schäden erwachse aus dem Berufstudientum, es soll vor allem verhindert werden, daß Studenten Streikbrecher werden. Zu der nächsten Konferenz dieser Art sollen, so lautet ein Beschluß, Vertreter der Gewerkschaften eingeladen werden.

Es wurde auf der Konferenz eine Warnung vor allzu optimistischer Beurteilung der Studentenweltarbeit ausgesprochen. Der Student müsse immer eingedenk sein, daß er ja nur vorübergehend und freiwillig sich eingereiht habe in die stampfenden Bataillone der Arbeit. Was er nicht erlebt, das ist die Unentrichtbarkeit jenes Schicksals. Wie es früher Kathedersozialisten gab, so sei der Berufstudienten Gefahr, eine Art Kathederproletariat zu werden. Aus dem Berufstudientum kann und muß eine ganz neue Wertung des Arbeiters und seiner Arbeit erwachsen.

In Deutschland haben in letzter Zeit reaktionäre Studenten sich manig gemacht. Der sich die Statistiken und die Herkunft der Studenten einmal angesehen hat, der wird sich dessen nicht verwundern. Von 200 deutschen Studenten sind immer nur drei Arbeiterkinder. Besser schon ist das Verhältnis bei der „Studienförderung des deutschen Volkes“, die den Aufstieg der Begabten fördern will. Von 100 ihrer Schützlinge stammen 15 von Arbeitern.

Man sorge dafür, daß aus allen Schichten der Bevölkerung anteilsgemäß die Begabten zur Universtität kommen und sich das Rüstzeug der Bildung erwerben können und es wird leicht sein, den Spieß der reaktionären Studenten zu bannen. Richard Götze.

Ergebnisse der Verbandstätigkeit

Bezirk Bielefeld. Die Löhne der Elektromonteur in Münster wurden ab 1. August von 1 M in der Spitze auf 1,05 M erhöht. Ab 1. Februar 1930 tritt eine weitere Erhöhung um 2 1/2 ein. Gültig bis zum 31. Juli 1930.

Bezirk Brandenburg. Für die Arbeiter der Metallindustrie in Brandenburg a. O. wurde durch Schiedsgericht eine sofortige Lohnerhöhung von 2 1/2 und ab 1. Januar 1930 um einen weiteren Pfennig festgesetzt. Dieser Schiedsgericht wurde von den Arbeitern abgelehnt, worauf die von der Unternehmerorganisation beantragte Verbindlichkeitsklärung erfolgte. Der Spitzenlohn beträgt jetzt 80 1/2 und ab 1. Januar 1930 81 1/2.

Bezirk Breslau. Für die Arbeiter einer Schiffswerft in Neufels a. O. wurde durch Verhandlungen eine Erhöhung der Löhne bis zu 12 1/2 erreicht. Der Spitzenlohn beträgt für gelehrte Berufe und Schiffbauarbeiter 90 1/2, für Angelernte 75 1/2 und für Ungelehrte 60 1/2. Die Schiffbauarbeiter erhalten außerdem ein Weihnachtsgeld von 3 1/2 die Stunde.

Bezirk Stuttgart. Mit der Firma Stöhrer, Drahtgewebe und Geflechfabrik, Stuttgart, ist ein Tarifvertrag abgeschlossen worden. Darin wird die Arbeitszeit auf 48 Stunden in der Woche festgesetzt. Überzeitarbeit ist nur in dringenden Fällen zu leisten. Diese wird für die ersten beiden Stunden mit einem Zuschlag von 25 1/2 und für jede weitere Überstunde sowie für Sonntagsarbeit mit 50 1/2 vergütet. Die Ferien betragen nach einjähriger Beschäftigungsdauer 3 Tage, steigend bis nach zehnjähriger Beschäftigungsdauer auf 10 Tage. Die durch den Vertrag erreichte Lohnerhöhung beträgt bis zu 11 1/2 die Stunde. Der Spitzenlohn beträgt jetzt 115 1/2.

Die Lohnbewegung in Karlsruhe ist erledigt. Durch einen Schiedsgericht sollte der Tariflohn in der Spitze um 5 1/2 erhöht werden, für die übrigen Lohngruppen und Altersklassen eine entsprechende Erhöhung nach der bisherigen prozentualen Berechnung. Dieser Schiedsgericht wurde in der Abstimmung abgelehnt. Eine spätere Verhandlungsergebnisse beschloß jedoch, die Verbindlichkeitsklärung zu beantragen. Die daraufhin vom Schlichter für Süddeutschland im Auftrag des Reichsarbeitsministeriums angehaltenen Verhandlungen führten zu einer Verständigung zwischen den Parteien. Danach wird gemäß dem Schiedsgericht der Tariflohn um 5 1/2 in der Spitze (für die 1. Lohnklasse) erhöht. Der Spitzenlohn beträgt jetzt 90 1/2. Die Arbeiter der übrigen Lohngruppen und Altersklassen erhalten eine Lohnerhöhung nach einer besondern prozentualen Berechnung. Für die gelehrten Arbeiter der höchsten Altersklasse, die einen bisherigen Lohn bis 1,05 M hatten, erfolgt eine Lohnerhöhung um 5 1/2, von 1,06 bis 1,08 M um 4 1/2, von 1,10 bis 1,15 M um 3 1/2, von 1,16 M und darüber um 2 1/2 die Stunde.

Für die Arbeiter der 1. Lohnklasse über 24 Jahre, die bisher weniger als 1,10 M verdienten, soll eine entsprechende Verbesserung der betreffenden Altersgruppe innerhalb 8 Wochen erfolgen, damit mindestens 1,10 M verdient wird. Für die Arbeiter der übrigen Alters- und Berufsgruppen erfolgt eine ähnliche Erhöhung der Alterspreise. Diese Lohnvereinbarung gilt vom 12. d. Mts. an bis 31. März 1930.

Die kommenden Lohnkämpfe

Die Lohnbewegungen haben nachgelassen. Die Tarifverträge sind langjährig abgeschlossen worden und reichen meistens bis in das Jahr 1930 hinein. Es ist überhaupt zu beobachten, daß die Zahl der tariflichen Lohnabkommen, deren Geltungsdauer größere Zeiträume umfaßt, wieder im Steigen begriffen ist. Damit findet eine Annäherung an die Verhältnisse der Reichszeit statt. Für eine vollständige lange Geltungsdauer der Lohnverträge sehen sich besonders die Holzarbeiter ein. Das Institut für Sozialtarifforschung hat in seinem Wochenbericht vom Nr. 19 Angaben gemacht über den Ablauf von Lohnverträgen für insgesamt 3,9 Millionen Arbeitsträger. Aus den mitgeteilten Zahlen haben wir folgende Zusammenfassung nach einzelnen Berufsgruppen gemacht:

Berufsgruppe	1. 1. 1929	1. 1. 1930	1. 1. 1931	31. 1. 1932
Gesamtschiffahrt	—	28008	47425	—
Waldarbeiter	61221	123228	617915	—
Textilindustrie	—	26300	36100	50250
Betriebsgewerbe	47527	45	14235	—
Gewerbliche Industrie	—	—	75965	—
Handwerker	—	125000	—	—
Landwirtschaft	—	—	144442	—
Druckindustrie	10142	7424	17805	635
Gas- u. Wasserversorgung	—	—	6000	—
Lebensmittelindustrie	—	—	26500	—
Handlungsindustrie	—	—	22000	—
Handelsgewerbe	—	—	118000	—
Rechtswesen	—	—	—	528781

Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorkand Stuttgart
Telephon-Nummern: S. 2. 624 41, 624 42, 624 43

Mit Sonntag dem 25. Aug. ist der 35. Wochenbeitrag für die Zeit vom 25. bis 31. August 1929 fällig.

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts:
Auf Antrag der Verwaltungsstelle Orlitz:

Der Heizungsmoniteur Erich Müller, geb. am 22. August 1900 zu Grotz, Mitgliedsbuch Nr. 4589 188, wegen Streikbruch.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Wörschheim:
Der Klempner Rudolf Lademacher, geb. am 18. April 1882 zu Renscheid, Mitgliedsbuch Nr. 2280 839, wegen Betrug und Unterschlagung.

Für nicht wieder aufnahmefähig wird erklärt:
Auf Antrag der Verwaltungsstelle Berlin:
Der Dreher Adolf Glusard, geb. am 17. April 1910 zu Müritzen, Mitgliedsbuch Nr. 5818 154, wegen betrügerischer Markenmanipulationen.

Gekohlet wurden:
Mitgliedsbuch Nr. 4781 746, lautend auf den Metallarbeiter Walter Müller, geb. am 18. November 1904 zu Langenberg (Simmach).
Mitgliedsbuch Nr. 5692 485, lautend auf den Radelmacher Hellmut Dietrich, geb. am 7. August 1906 zu Oberfohna (Simmach).
Das schweizerische Mitgliedsbuch Nr. 204 049, lautend auf den Former Wilhelm Kollmer, geb. am 27. März 1910 zu Reutlingen. Das Buch wurde in Hamburg gestohlen. (Vorstand.)
Stuttgart, Röntgenstraße 16. Der Vorstandsvorsitz.

Zur Beachtung! • Zugug ist fernzuhalten:

von Bauklempnern nach Berlin S.;
von Bauklempnern nach Berlin S.;
von Gasofenarbeitern aller Branchen nach Basel St.;
von Elektromonteur nach Hamburg (Schwachstrom) St.;
von Formern und Gießereiarbeitern nach Solingen (A. Jule & Löwe früher Boge & Raften);
von Klempnern und Installateuren nach Köln St.
A = Lohnbewegung; B = Differenzen; C = Streit in Stadt; Et = Streit; M = Maßregelung; N = Mithstände; P = Ausperrung.

In dieser Zusammenstellung sind nicht alle tariflich erfassten Arbeitsträger enthalten. Dies liegt daran, daß es zahlreiche Lohnverträge gibt, für die ein Ablauftermin nicht festgesetzt ist oder die bereits abgelaufen, aber noch nicht gekündigt sind. Immerhin wird mit den obigen Zahlen ein Gesamtüberblick ungefähr vermittelt. Die meisten Tarife laufen am 1. April und 1. Oktober ab. Am 1. April 1930 müssen Tarifverträge für insgesamt 1 825 255 Arbeiter geregelt sein. Darunter befindet sich das Baugewerbe mit 1 250 000. Ausgangs September laufen Tarifverträge für insgesamt 900 888 Arbeiter ab. Ende Juni 1930 gehen Tarifverträge für insgesamt 818 484 Arbeiter zu Ende. Das Jahr 1930 ist also ein Kampfsjahr ersten Ranges.

222 Arbeiterzeitungen in Berlin

Daß die Presse der Arbeiter, Angestellten und Beamten eine wichtige Rolle spielt, braucht an dieser Stelle nicht mehr betont zu werden. Namentlich die Gewerkschaftspresse gewinnt immer mehr an Ansehen und Bedeutung. Früher konnte man nur die Tagespresse; was daneben herauskam, war für die große Öffentlichkeit einfach nicht vorhanden. Aber Presseerzeugnisse wie die Gewerkschaftszeitungen und Fachblätter, die in 5 bis 6 Millionen erscheinen, lassen sich natürlich nicht übergehen. Bekannt ist man, wenn man hört, daß unter den in Berlin erscheinenden 2488 Zeitungen und 147 Zeitungen 222 Zeitungen oder Zeitschriften sind, die die Arbeiterklasse vertreten. Von den 222 Wätern erscheint 1 täglich, 2 wöchentlich zwei- bis fünfmal, 31 wöchentlich einmal, 68 monatlich zwei- bis dreimal, 116 monatlich einmal, 2 weniger als monatlich einmal und 3 erscheinen unregelmäßig.

Die Wichtigkeit dieser Angaben vermögen wir natürlich nicht nachsprühen. Die stärkste Gruppe unter diesen Zeitschriften ist aber wohl die Presse des ADGB. Nach einem oberflächlichen Überblick geben die Gewerkschaften, die in Berlin ihren Sitz haben, 54 Zeitungen und Zeitschriften heraus. Dazu kämen die Gewerkschaften des Afa-Bundes, des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, so daß wohl die freigewerkschaftliche Presse der Arbeiter, Angestellten und Beamten mit rund 90 Wätern vertreten sein dürfte. Das ist nicht nur die größte Gruppe der Arbeiterzeitungen, sondern die größte Pressemacht Deutschlands überhaupt.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter und anderer gewerblicher Arbeiter (V. a. G.) Hamburg, Rothenbaumchauffee 20.

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse im Monat Juli 1929	
Krankentasse:	
Einnahmen	182540,02 M
Ausgaben	27238,65 M
Rehretnahmen	155806,37 M
Rassenbestand am 1. Juli 1929	743961,82 M
31. Juli 1929	699267,99 M
Sterbekasse:	
Einnahmen	76747,84 M
Ausgaben	22849,84 M
Rehretnahmen	53899,00 M
Rassenbestand am 1. Juli 1929	1836781,50 M
31. Juli 1929	1830630,50 M

Kollegen aller Berufs! Schützt euch und eure Familie im Krankheitsfall vor Hunger und Not und tretet in die Metallarbeiterkranken- und Sterbekasse ein. Folgt nicht den Forderungen der Agenten der bürgerlichen Versicherungen, wo ihr nur zu zahlen, aber nicht zu tragen habt. Bewahrt euch vor Schäden dadurch, daß ihr euch nur bei euren eigenen Versicherungen versichert. Im Jahre 1928 von Arbeitern gegründet, behält die Kasse heute über 1000 Krankentagekranken, die sich über das ganze Deutsche Reich erstrecken. Der Beitritt kann bei den örtlichen Verwaltungsstellen jederzeit erfolgen oder man wende sich an die Hauptverwaltung: Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter und anderer gewerblicher Arbeiter (V. a. G.) Hamburg 13, Rothenbaumchauffee 20.
Hamburg, im August 1929. Der Vorstand.

Erziehung und Klassenkampf

Wenn das Wort „Klassenkampf“ zu dem Worte „Erziehung“ in Verbindung gebracht wird, dann überläßt manchen Menschen ein gelinder Schauder und er fragt sich händeringend, was denn die beiden miteinander zu tun haben, denn sie spiegeln sich in seinem Kopfe als die größten Gegensätze. Bei näherem Hinsehen ist dem aber ganz anders.

Unsere Schriftsteller haben der sozialistischen Erziehung die ihr gebührende Stelle in der wissenschaftlichen Begründung des Sozialismus zugewiesen und ihre Bedeutung für den Befreiungskampf des Proletariats anerkannt. Sie ist in der jüngsten Zeit als eins der wichtigsten Kampfmittel aus ihrem früheren Mauerblümchen-dasein hervorgeholt worden und gilt auch nicht mehr als ein seltener, kostbarer Schmuck, den man Sonntags aus dem Schubladen holt, um sich mit ihm zu zeigen. Wäre sie das, so würde die sozialistische Erziehung eine höchst persönliche Angelegenheit sein, die uns als Arbeiterbewegung gar nichts angeht und uns nicht zu kümmern braucht. Das ist sozialistische Erziehung aber nicht, sondern sie hat sich als notwendig im Befreiungskampf des Proletariats erwiesen und als eine Stufe im sozialen Entwicklungsprozeß, die wir unbedingt durchlaufen müssen, wenn wir an unser sozialistisches Endziel kommen wollen. Sie ist das Mittel, mit dem am tiefsten die sozialistische Gedankwelt des heranwachsenden Geschlechts vorbereitet werden kann.

Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, liegt es nicht mehr im Belieben unserer Bewegung, ob und wie sie ihre Kinder erziehen will, sondern der proletarische Befreiungskampf hat den Stand erreicht, der die sozialistische Erziehung erforderlich macht, wenn er siegreich weitergeführt werden soll. Wir haben uns bislang politische und wirtschaftliche Stellungen erkämpft, und weil wir gar zu tief in Rot und Elend lebten, mußten wir unsere Hauptkraft auf eine Verbesserung unserer elenden Lage richten. Dabei ist die Erziehung des Proletariats ins Hintertreffen geraten und noch immer der herrschenden Gesellschaft überlassen — derselben Klasse, die uns bekämpft. In einem großen Teil liegt dieser Vernachlässigung der sozialistischen Erziehung auch eine geschichtliche Tatsache zugrunde.

Das 18. Jahrhundert mit seinen großen Denkern und Erziehern sah in der Erziehung die einzige soziale Kraft, die die Gesellschaft umgestalten könnte. Die führenden Männer glaubten, wenn sie sich an Vernunft und Einsicht der herrschenden Klasse wendeten, müßte sie ihr Unrecht einsehen und eine gerechte Gesellschaftsordnung aufrichten, in der es weder Herrscher noch Beherrschte gibt. Ebenso wollten sie die unteren Klassen zu einem höheren Dasein erziehen. Es lebte also in ihren Köpfen der Glaube, daß Erziehung allein eine ungerechte Gesellschaftsform in eine gerechte umändern könnte. Diese Überzeugung der Erziehung wurde von Karl Marx durch die Begründung des Sozialismus als Wissenschaft vollkommen umgestoßen. Er stellte den Grundgedanken auf: „Das gesellschaftliche Sein bestimmt das Bewußtsein.“ Er sagte damit, daß alle gesellschaftlichen Erscheinungen wirtschaftlich bedingt sind und sich aus den wirtschaftlichen Verhältnissen ergeben. Daraus leitete sich ab, daß sich die Menschen erst mit ihren Lebensverhältnissen ändern und nicht, daß die Lebensverhältnisse allein durch Erziehung der Menschen verändert werden können.

Das Erwachen des Proletariats im Frühkapitalismus brachte eine immer größere Klarheit und Erkenntnis dieser Tatsachen mit sich. Allmählich setzte sich in den Köpfen mancher Sozialisten die Meinung fest, die Entwicklung des Kapitalismus führe „naturnotwendig“ zum Sozialismus. Sie übersehen, daß Karl Marx nie gemeint hat, daß wir von selbst und ohne unser Zutun in den Sozialismus hineinwachsen, sondern immer muß die Arbeiterklasse die bestehenden Verhältnisse begreifen und zu dieser Erkenntnis ihren Kampfwillen stellen, der sie siegreich verändern will. Doch die Schuld an der einseitigen Verkennung und Unterschätzung der Erziehung lag mit an der vorherigen Überbewertung des Erziehungsbegriffes und wir begreifen nun, weshalb Erziehungsfragen bei uns in der Bewegung so lange eine untergeordnete Bedeutung hatten. Die herrschende Klasse hat dagegen immer in ihren Schulen, Kirchen und Kasernen ihre Erziehungsmacht ausgenutzt.

Erst in der jüngsten Zeit kommt die wahre marxistische Auffassung wieder zum Durchbruch, in der die Erziehung nicht durch die wirtschaftliche Entwicklung im gesellschaftlichen Geschehen überflüssig gemacht wird, sondern sie erhält eine andere Bedeutung, als die, die sie im Zeitalter der Aufklärung innehatte. Sie wird aus einer Eigenmacht, einer Schöpferin der gesellschaftlichen Entwicklung zu ihrer bewußten Förderin und Vollstreckerin. Wir wissen heute, daß wirtschaftliche und politische Macht allein auch nicht genügen, um die Verhältnisse zu verändern, sondern daß es ebenso notwendig ist, die Köpfe und Herzen der Menschen zu erobern. Die Erziehung muß in heutigen Klassenstaat aus einem Mittel der Beherrschung des Proletariats durch den Kapitalismus zu einem Klassenmittel der Selbsthilfe des Proletariats werden. Die Erziehung unserer proletarischen Kinder muß von vornherein vom Geiste des sozialistischen Endzieles getragen sein. Wir müssen alles unterlassen, was unsere Kinder unterdrückt und sie hindert, einmal sozialistische Kämpfer zu werden. Alle Prügel und alle Ungerechtigkeiten, die wir unseren Kindern angedeihen lassen, erziehen sie für den Kapitalismus, der unterjochte und geprügelte Menschen am besten gebrauchen kann. Sie sind für ihn die Werkzeuge, die sich schießen und quälen und ausbeuten lassen, die nicht gegen ihn rebellieren, sondern geduldig und müde ihre Last weiterziehen.

Bislang hat das Proletariat seine eigenen Waffen in der Hand der Feinde gegeben: hat seine Kinder im kapitalistischen Geiste erziehen lassen und war und ist selbst der Handlanger der Bourgeoisie, der sie nicht nur unterstützt in ihrem Klassenkampf gegen das Proletariat, sondern der in der Kindererziehung den feindlichen Klassenkampf des Gegners selbst für ihn führt. Das Proletariat hat sich bis jetzt von dem Schlagwort der „neutralen“ Erziehung durch seinen Klassengegner täuschen lassen und läßt sich leider noch immer täuschen. Man läßt sich bei uns immer noch einreden, Erziehung und Klassenkampf seien Gegensätze und Klassenkampf in der Erziehung bedeute Verhöhnung und Unrecht am Kinde. Wir Sozialisten lassen uns durch dieses Verede bluffen und überlassen es den andern, unsere Kinder noch heute mit Idealen, die der Kumpfkammer entnommen werden, vollzustopfen. Noch heute spuken in den Lehrbüchern die nationallistischen Phrasen, noch heute werden die idealisierten Monarchen in dem Geschichtsunterricht lebendig gemacht, noch heute angelehrt der furchtbaren Arbeitslosen- und Elendsjahre, deren Bedeutung unsere Kinder am eigenen Leibe erleben, erzählt man ihnen von der „göttlichen Weltordnung“. Und siehe da, alles war sehr gut! Und wir sind noch oft so töricht, zu glauben, daß sei nicht der Klassenkampf der Bourgeoisie und dergefallen, daß Erziehung gar nicht neutral sein kann, „weil sie keine bloße Form ist, in die jeder beliebige Inhalt hineingegossen werden kann, sondern eine wirkende Kraft in der gesellschaftlichen Entwicklung.“ (Marx Adler).

Das vermeintliche Unrecht am Kinde aber, das man uns zuschieben will, beruht auf einer bürgerlichen Anschauung von der Bedeutung des Klassenkampfes, „der nicht ein heiligerwertiger Ausbruch des gesellschaftlichen Lebens ist, sondern nichts anderes als das bisherige notwendige Mittel aller gesellschaftlichen Entwicklung.“ Einzig aus diesem Grunde ist er der Weg, auf dem die allgemeine Vorwärtsentwicklung fortzudringen kann. Und da nur das Wollen des Proletariats, das die aufstrebende Klasse ist, dem Laufe der Entwicklung gleichkommt, so ist die Erziehung, die sich in den Dienst des Klassenkampfes des Proletariats stellt, nichts anderes als eine Stellungnahme zur gesellschaftlichen Entwicklung, „so man die aufwachsende Generation zu einem Organ oder zu einer Bremse der Entwicklung machen will.“ „Sagt man also: Sozialistische Erziehung, das ist Parteifache, so antworten wir gelassen: Ja, sie ist es, aber Sache jener Partei, deren Parteinteresse die gesellschaftliche Zukunft ist. Diese solche Partei der Zukunft zu bilden, neue Menschen zu gestalten, denen die Fortentwicklung der Moral, des Rechts, der Kultur zu einer wirklichen Gemeinschaft für alle Parteifache wird, deren Parteieigenschaft, ja -sanatismus die gesellschaftliche Entwicklung ist — einen solchen Vorwurf der Parteimäßigkeit darf sich die sozialistische Erziehung getroßt gefallen lassen.“ (Marx Adler).

Daß ein Facharbeitermangel mehr oder weniger stark in den einzelnen Berufen besteht, kann nicht bestritten werden, besonders in den weniger beliebten Berufen. In sehr vielen anderen Berufen herrscht dagegen heute eine derartige Überfüllung, daß gesetzliche Bestimmungen über Einschränkung der Einstellung von Lehrlingen erlassen werden mußten. Bei der Durchführung von Jugendlichen in die Industrie werden Verschiebungen des Berufswachstums zugunsten gewisser Berufe, die besonders unter Facharbeitermangel leiden, vorgenommen werden müssen. Dazu müssen aber die wirtschaftlichen Voraussetzungen vorliegen, indem ein Anreiz für die Ergreifung solcher Berufe geschaffen wird.

Die Industrie hat, wie schon einmal angeführt, die Mittel selbst in der Hand, den drohenden Facharbeitermangel zu unterbinden. Daß er sich nicht ganz beseitigen läßt, das liegt augenblicklich weniger an dem Mangel an Arbeitskräften, sondern an den riesenhaften Fortschritten der Technik, die eine fortwährende Umgestaltung des Berufslebens mit sich bringt.

So ist die Facharbeiterfrage in hohem Maße eine Angelegenheit der allgemeinen Bildung der Arbeiterklasse. Unter diesem Gesichtspunkt sind auch die Bildungsfragen der freien Gewerkschaften ein wichtiges Mittel, dem Facharbeitermangel vorzubeugen.

Die AEG unter amerikanischem Einfluß

Eines der größten deutschen Unternehmen, die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft, ist zu einem erheblichen Teile unter amerikanischem Einfluß geraten. Die amerikanische General Electric Co. übernimmt einen Teil des Aktienkapitals der AEG. Ferner entsendet dieser größte elektrotechnische Trust der Welt 5 Vertreter in den Aufsichtsrat der AEG. Dies ist ein Vorgang, der für die gesamte deutsche Wirtschaft von außerordentlicher Bedeutung ist. Bereits in den ersten Jahren dieses Jahrhunderts schloß der Gründer der AEG, Emil Rathenau, mit der General Electric eine Gemeinschaft. Man verständigte sich auf produktionstechnischem Gebiete, beschloß den Austausch von Patenten. Es wurden Verträge abgeschlossen, durch die den beiden Unternehmen bestimmte Länder und Erdteile zur alleinigen Ausbeutung zugewiesen wurden. Diese Vereinbarungen kamen unter gleich starken Partnern zustande. Die deutsche elektrotechnische Industrie war eine der größten der Welt und besaß in allen Ländern einen namhaften Einfluß.

Der Krieg hat diese Verhältnisse sehr wesentlich verändert. Durch ihn wurden elektrotechnische Unternehmen anderer Länder wesentlich angezuckelt. Die beiden deutschen Großkonzerne AEG und Siemens & Halske verloren namhafte Stützpunkte, wovon die Deutsch-Österreichische Elektrizitäts-Gesellschaft, die heutige Compania Hispano Americana de Electricidad, die bedeutendste war. Die Gemeinschaft zwischen der General Electric und der AEG wurde ebenfalls aufgehoben. Aber bereits einige Jahre nach Friedensschluß wurde sie unter Mithilfe amerikanischer und deutscher Banken wieder neu geknüpft. Der verstorbene Leiter der AEG, Fritz Deutscher, hat auf seiner Amerikareise kurz vor seinem Tode die Freundschaft wieder befestigt.

Die General Electric bekommt 80 Millionen Aktien der AEG ausgemessen. Mit ihnen besitzt sie ein Drittel des Aktienkapitals der AEG und damit einen namhaften Einfluß, wozu noch die Vertretung im Aufsichtsrat kommt, so daß größere Geschäfte seitens der AEG ohne Zustimmung der Amerikaner nicht mehr erfolgen können. Dadurch sollen die bestehenden Verträge zwischen den beiden Unternehmen ausgebaut werden. Maßgebend werden die Absatzgebiete neu aufgeteilt und die Produktionsgebiete nach anderen Gesichtspunkten abgegrenzt. Weiter gehen beide Unternehmen bei der Durchbringung der Welt gemeinsam vor. Die Verwaltung der AEG glaubt durch die Zusammenarbeit mit dem finanzstarken amerikanischen Konzern eine Belebung des eigenen Geschäfts und eine Vergrößerung der Absatzmöglichkeiten zu erreichen. Die namhaften Mittel, die der AEG dadurch zur Verfügung stehen, sollen zum Ausbau der Produktion und der Absatzorganisation verwendet werden.

Damit hat die Überorganisation der deutschen Industrie weitere Fortschritte gemacht. Die AEG beschäftigt in Deutschland ungefähr 80 000 Arbeiter und Angestellte und hat ungefähr 60 bis 70 Vertretungen im Auslande. Sie ist also eines der mächtigsten Industriewerke Deutschlands. Es steht noch nicht fest, ob sich noch weitere Ausrichtungen durch diesen Zusammenschluß ergeben. Es dürfte aber eins daraus klar herborgehen, daß die Amerikaner die deutsche Wirtschaft als durchaus gesund erachten. Der Vorsitzende der pariser Kommission, Owen Young, ist bekanntlich Präsident der General Electric und wird voraussichtlich in den Aufsichtsrat der AEG eintreten. In dem Aufsichtsrat der AEG ist er bereits vertreten. Die General Electric zählt zu den größten Unternehmen der Vereinigten Staaten und hat in der ganzen Welt Tochtergesellschaften und ausgedehnte Verbindungen. Sie ist nicht nur in der Elektrotechnik maßgebend, sondern auch in der Radioindustrie und bei den internationalen Gramophontrusts. Sie gehört zur Gruppe des mächtigen Wall Street Morgan.

Die neueste Verbindung in der Elektrotechnik ist wiederum ein untrüglicher Beweis, daß die Internationalität des Großkapitals von Stunde zu Stunde wächst. Deutschland wird zu einem Operationsgebiet der internationalen Kapitalgruppen. Grund genug für die deutschen Arbeiter, sich mit diesen Dingen zu beschäftigen und auf der Hut zu sein.

Kiesengewinne der Kaliindustrie

Bekanntlich gehört die deutsche Kaliindustrie zu den Industriezweigen mit besonders großer Kapitalisation. Rund 250 Millionen Mark beträgt ihr Nominalkapital, zu dem nochmals weitere 250 Millionen Mark in Form von Fremdkapital, Obligationen, Hypotheken usw. hinzutreten. Die Kapitalvergehung wird erschwerlich aus der großen Anzahl der stillgelegten Werke, die heute die Produktion belasten, da die Stilllegung durch Verkauf und Entschädigung der Besitzer durch Rentenzahlung erfolgte. Wenn trotzdem, wie der zusammenfassende Bericht des Enqueteausschusses über die deutsche Kaliindustrie ergibt, die Gewinne so hoch waren, daß im Jahre 1928 eine durchschnittliche Verzinsung des Kapitals mit 21,8 % erzielt werden konnte (1927 = 11,2 %), so muß dieses mit dem Monopolcharakter dieser Industrie erklärt werden, die im Kaliabbau kraft organisiert, den Konsumenten hohe Preise aufzwingen kann.

Nach den Untersuchungen des Enqueteausschusses trägt jeder geförderte Doppelzentner Kali eine Belastung von 1,40 M allein für Anortenschnitzung und sonstige Stilllegungskosten und von 2,70 M für Abschreibungen. Tatsächlich wurden aus den Gewinnen des Jahres 1928 sogar noch wesentlich höhere Beträge abgeschrieben, als von den Sachverständigen als notwendig angesehen wurde. So daß außer der oben erwähnten Verzinsung von 21,8 % noch weitere Gewinne in Form der Bildung stiller Reserven erzielt wurden. Die gegenwärtige hohe Rentabilität der Kaliindustrie ist verhältnismäßig jungen Datums und muß zurückzuführen werden auf die durch die Rationalisierung bewirkte Kostensenkung. 1928 betragen die Durchschnittskosten je Doppelzentner Meinkali 17,18 M, 1928 nur noch 12,48 M. Die hohen Gewinne der Kaliindustrie stehen jedoch in einem schlechten Verhältnis zu den Löhnen dieses Wirtschaftszweiges, so daß bei künftigen Lohnverhandlungen die Berechnungen des Enqueteausschusses wichtige Beweisgründe in der Hand der Arbeitervertreter sein dürften.

Wir brauchen die Gesundheit der Gehirne auf dem Wege zur Befreiung — bis Organisation des Proletariats wird um so leistungsfähiger, um so schlagfertiger sein, je mächtiger sie sein wird.
Victor Adler.

Behebung des Facharbeitermangels

Wenn hier zu dem drohenden Facharbeitermangel Stellung genommen wird, so muß darauf hingewiesen werden, daß wir einen Überschuß an hochgeschulten Arbeitskräften schon vor dem Kriege nicht hatten. Dazu kamen die Verluste durch den Krieg. Zum andern haben Millionen Jugendlichen während des Krieges infolge der Umstellung auf die Rüstungsindustrie eine höchst mangelhafte berufliche Ausbildung erhalten. Als weiterer Umstand muß hierbei festgehalten werden, daß längere Arbeitslosigkeit und die Aussicht auf höhere Verdienstmöglichkeiten Behntausende ihr Glück in fernen Ländern suchen ließen.

Durch die Fortschritte in der Technik und der sich immer mehr ausbreitenden Spezialisierung mit einer vielfach anders gearteten Herstellungsweise, die sich im raschen Tempo vollzog, fehlen mancherorts die notwendigen Spezialkräfte. Eine weitere Folge der Spezialisierung ist das Fehlen einer allgemeinen Berufsausbildung, die man heute nur noch bei den älteren der Handwerker lernt. In den spezialisierteren Betrieben, aber auch in zahlreichen Werkstätten des Handwerks, die oft nur fabrikmäßig hergestellte Halbfabrikate anfertigen, kann sehr häufig nur ein Teil der Handgriffe und Fertigkeiten gelehrt haben. Die Möglichkeit einer Gesamtausbildung fehlt oft vollkommen und erfüllt mit der zunehmenden Arbeitsteilung immer mehr.

Eine andere Erscheinung auf dem Arbeitsmarkt ist das fast anschießliche Verlangen nach bereits eingearbeiteten Spezialkräften, die in der geringsten Zahl natürlich nicht vorhanden sind und nicht vorhanden sein können. Wie weit ein solches Verlangen nach eingearbeiteten Kräften geht, sei durch das eine Beispiel belegt, daß Autoschlösser für ganz bestimmte Wagen typen angefordert werden. Ähnlich ist es in den meisten Berufen.

Die Industrie wird daher wieder dazu übergehen müssen, den eingestellten Kräften ausreichende Zeit und Gelegenheit zur Einweisung in das bisher fremde Teilgebiet zu geben. Bumeist ist es heute so, daß die Einstellung eines Erwerbslosen bei den scharf kalkulierten Abfordern für den Mann einen nicht geringen Verdienstausfall gegen seinen letzten Durchschnittsverdienst bedeutet. Daher kann man verstehen, daß Erwerbslose oft die Annahme von Arbeit verweigern, da sie bei Wiedererlangung infolge geringerer Arbeitsleistung und damit geringerer Arbeitsentlohnung auch mit einer geringeren Unterstützung rechnen müssen, auf der andern Seite allerdings Gefahr laufen, der Unterstützung verlustig zu gehen. Der Arbeiter darf zwar bei tariflicher Entlohnung die Arbeit nicht verweigern, andererseits bleibt eine ländergehemmung infolge der Spannung zwischen tariflichem Stunden- und Abfordern.

Ein besonderes Kapitel zur Frage des Facharbeitermangels ist die Nicht-einstellung von Arbeitern im vorgeschrittenen Lebensalter. Über heute 40 Jahre alt ist und das Unglück hat, arbeitslos zu werden, wird kaum noch damit rechnen können, daß er eingestellt wird. Trotzdem er noch im Vollbesitz seiner Kräfte ist, eine reiche berufliche Erfahrung hinter sich hat und somit zu den geschulten Arbeitskräften zählt, ist ihm die Schaffungsmöglichkeit genommen.

Was den Ausfall von rund 2 Millionen Berufsanwärtern in den nächsten vier Jahren anbelangt, so ist klar, daß er in irgendeiner Weise wieder wettgemacht werden muß. Die Maßnahmen für die Bekämpfung des Facharbeitermangels haben in erster Linie von der Industrie selbst zu erfolgen, denn Steigerung der Produktion hängt nicht nur von der Leistung der einzelnen Maschinen ab, sondern auch von den Menschen, die sie bedienen. Der zahlenmäßige Ausfall von Arbeitskräften infolge des Geburtenrückganges muß daher durch eine qualitative Steigerung der Leistungsfähigkeit des beruflichen Nachwuchses ausgeglichen werden.

Die Maßnahmen haben schon zu beginnen mit einer besseren Fürsorge und Erziehung bis zum Entlassschüler. Notwendig ist vor allem eine sorgfältige Auswahl der einzustellenden Kräfte nach den Methoden der modernen Berufsberatung mit Hilfe von Schule und Arzt. Ferner muß eine Hebung der Qualität durch eine sorgfältigere Ausbildung erfolgen. Viele Werkstätten und Betriebe sind, wie schon gesagt, heute durch die Spezialisierung der Produktion gar nicht mehr in der Lage, eine gute und umfassende Berufsausbildung zu gewährleisten. Deshalb müßte jeder Großbetrieb seine eigenen Lehrwerkstätten haben, in denen die Lehrlinge mindestens zwei Jahre wirklich vielseitig ausgebildet werden. Für mittlere und Kleinbetriebe, in denen die Einrichtung von Lehrwerkstätten nicht möglich ist, muß der Berufsschulunterricht erweitert werden. Die gesundheitliche Überwachung bei der Entwicklung befindlichen Jugendlichen einschließend der Gewährung von Erholungsurlaub muß weiter ausgebaut und ausreichende Mittel müssen dafür bereitgestellt werden. Für die gesundheitlichen Gefahren, die sich aus der einseitigen Berufsarbeit ergeben, muß als Ausgleich genügend Freizeit für Körperkultur gewährt werden.

Um den Zustrom der Schulverweigerer in die ungelernete Arbeit einzubändigen, müssen die Lehrvergütungen den Löhnen der ungelernen Jugendlichen angepaßt werden. Die harte Pflanzregel nach ungelernen Jugendlichen bis zum 20. Lebensjahre bietet geradezu ein Beispiel dafür, daß auch der ungelernete Jugendliche unter dem Schutz des kommenden Berufsausbildungsgesetzes gestellt werden muß.

Die Nordwestgruppe berichtet

Vor einigen Wochen hielt der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, Bezirk Nordwestliche Gruppe, seine Jahresversammlung ab. Die dort ausgesprochene Sehnsucht nach einer richtiggehenden „Arbeitsgemeinschaft“ mit den Gewerkschaften ist in der Presse bereits gebührend gewürdigt worden.

Zu dieser Tagung ist auch, wie alljährlich, ein Bericht über das Geschäftsjahr 1928 herausgegeben worden. Es ist eine unerbittliche Gewohnheit der Schwerindustriellen, zu jammern über ungenügende Rentabilität der Werke trotz Rationalisierung und Produktionssteigerung. Wir wollen über die Auswirkung der Rationalisierung, über die Entwicklung der Röhre und der Arbeitszeit heute nicht erwähnen, weil darüber während und nach der Aussperrung im November vorigen Jahres genügend geschrieben worden ist. Die Industriellen klagen über die Einstellung der Gewerkschaften, besonders über deren berufene Vertreter, daß diese nicht so wie die Hüttenherren über den Stand der Eisen- und Stahlindustrie denken und weil die Gewerkschaftsvertreter sagen, daß Leute wie Kommerzienrat Reusch u. a. mit Kiefengehärteten, die ihre Willen und Parolen mit allerletzten Kulpitzen spielen, kein Recht haben, der Arbeiterschaft Sparmaßnahmen und Vermögensverluste zu empfehlen.

Die Gewerkschaften fordern nach Ansicht dieser Herren Unmögliches und das Schlimmste sei, daß sie dabei sogar meistens von der Öffentlichkeit Zustimmung erhielten. Dies man den Bericht, so überkommt einen das Gefühl, daß sich der Verfasser (man darf wohl den Geschäftsführer des Verbandes, den Staatsanwalt a. D. Grauert dafür verantwortlich machen) als Nachfolger des Dr. Hoff ernstlich bemüht, bei seinen Mitgliedern und besonders bei der Öffentlichkeit Eindruck zu erwecken. Aber da er sein Bemühen darauf hinworf, zu zeigen, welche unheilbare Person er ist, so wirkt er fast lächerlich. Die Nordwestgruppe gibt sich nach dem Bericht als Schulmeister der gesamten Umwelt. Die Gewerkschaften verstehen nichts und das übrige Publikum auch nicht viel, und es ist darum auch gar nicht berechtigt, seinen Gefühlen in Entrüstung und gar Parteinarbeit für die Arbeiterschaft Luft zu machen. Der Bericht sagt darüber wörtlich:

„Es ist ja auch viel einfacher, gedankenlos den deutschen Wirtschaftsführern unläutere Beweggründe zu unterstellen und einseitig für die Arbeiterschaft Partei zu ergreifen.“

Die Vergangenheit ist überreich an Beispielen für die erzwungene Einstellung der Nordwestgruppe. Nur einige ganz auffällige sollen Gegenstand unserer Betrachtungen sein.

Der Bericht behandelt natürlich in recht ausführlicher Weise den Arbeitskampf (Aussperrung) im November vorigen Jahres. Die Gewerkschaften, besonders der Deutsche Metallarbeiter-Verband, erhalten eine reichliche Bejaur. Man berichtet, „der Kampf war von der Nordwestgruppe nicht gewollt“. Aber weshalb dann die jahrelangen Vorbereitungen, die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft und die Errichtung von Betriebsräten? Humoristisch wirkt die Behauptung, die Schwerindustrie habe immer, auch in der Vorkriegszeit den Beweis geliefert, daß sie ernstlich bemüht sei, den sozialen Wünschen der Arbeiterschaft entgegenzukommen. Wo hat denn im Ruhrgebiet in der Vorkriegszeit ein Tarif bestanden? Wo wurde freiwillig eine Arbeitszeitverkürzung eingeführt? Wo freiwillig eine Lohn-erhöhung zugelassen trotz der Mißverständnisse? Aus welchem Grunde entstanden denn die gesetzlichen Lohnbestimmungen für die Hüttenarbeiter? Sind diese etwa entstanden auf Antrag der Abgeordneten der Schwerindustrie? Waren es nicht Hue und Geyer, die jahrelang darauf hingewiesen haben, daß den schwer arbeitenden Hüttenarbeitern ein entsprechender Schutz gewährt werden müsse, wenn sie nicht gesundheitlich schwer geschädigt werden sollten? So entstand auch die Bundesratsverordnung von 1908, in der der zehnstündige Arbeitstag vorgeschrieben wurde. Wo bestand ein Arbeiterausschuß? Wo im Jahre 1915, also während des Krieges, sagte ein kuppelnder Direktor zu einem Arbeiter, der nur meinte, daß es doch zweckmäßig sei, eine Vertretung der Arbeiterschaft anzuerkennen, um deren Wünsche kennenzulernen: „Hier bestimmen wir, wir wollen keine Quasifabrik!“ Der Vorgänger Grauert, Dr. Hoff bräutete sich noch 1918, daß er noch nie einen Gewerkschaftssekretär von Angesicht gesehen hätte.

Der Untersuchungsaktion des Reichstags für die Aussperrungen wird natürlich ein besonderes Obelisk geteilt. Sie wird selbstverständlich als eine solche Maßnahme in Grund und Boden verurteilt. Es ist und bleibt aber doch eine Meinung, die für die Arbeiterschaft, daß dieser Bericht infolge des ungescheitlichen Sogens der Unternehmern von einer großen, bis weit in die bürgerlichen Parteien hineingehenden Mehrheit im Reichstag gefaßt worden ist.

Die Aussperrung konnte infolge des frühen Bekanntwerdens der Verbindlichkeitsklärung des Reichsarbeitsministeriums nicht mehr verhindert werden, die meisten Arbeiter waren bereits entlassen“, sagt der Bericht. Dieser Entschuldigungsverzicht ist, gelinde gesagt, eine große Unverschämtheit. Die Verbindlichkeitsklärung wurde am 31. Oktober 1928 vormittags 10 1/2 Uhr ausgesprochen und wurde sofort telephonisch und telegraphisch weitergegeben. Spätestens um 13 Uhr waren alle Werke unterrichtet. Die letzte Aussperrung war noch nirgends ver-

fahren. Es wäre also noch in jedem Betrieb möglich gewesen, die Aussperrung zu verhindern und die Arbeit fortzusetzen. Aber es wurde eben ausgesperrt, weil man aussperrern wollte!

Und nun tritt bei dem Berichtverfasser der Schulmeister wieder ganz hervor. Die nachbarlichen und anderen Arbeitgeberverbände werden ob ihrer — Weichherzigkeit gegen die Arbeiter angeklagt und zugleich beschworen, doch endlich Einsicht zu haben und die kleinen Tarifgebiete zu beseitigen, weil die Gewerkschaften dort infolge des geringen Risikos die meisten Erfolge hätten. Ob die anderen Werke den Schwerindustriellen Völkern Gefolgschaft leisten, bleibt abzuwarten. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband braucht auch größere Tarifgebiete nicht zu fürchten.

Wer treibt Machtpolitik? fragt der Bericht. Natürlich nur die Gewerkschaften. Der Kampf sei den Gewerkschaften selbsttraglich zu nehmen. Nicht „Reizgefühle“, wie der Bericht sagt, „oder die Sucht nach Erfolgen“ ist die Triebfeder der Gewerkschaften, immer wieder die Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung der Löhne und Einführung sonstiger sozialer Verbesserungen zu erheben, sondern die selbstverständliche moralische Pflicht, als Vertreter der Arbeiterschaft darauf zu sehen, daß bei der Verteilung des Arbeitsertrags die Arbeiterschaft den ihr gebührenden Anteil bekommt.

Wenn man den Gewerkschaften vormwirft, sie wollten die Industrie ruinieren, so glaubt wohl niemand mehr an diese unzulässige Mär. Immer und immer wieder hat die organisierte Arbeiterschaft den Nachweis erbracht, daß sie wirtschaftlich denkt und handelt. Am Schlusse des Berichts heißt es in Fettdruck: „Die Aussperrung war ein Warnungssignal.“ Das soll heißen, die Aussperrung werde wiederholt werden, wenn die Arbeiter wieder Forderungen stellen sollten. Das ist erfreulich beutlich? aber für uns gewiß nichts Neues. Wir kennen doch unsere schwerindustriellen Pappenhauer und wir wissen, wessen man sich bei ihnen zu versehen hat. Solange dieses Geschlecht von Industriellen im Ruhrgebiet tonangebend ist, wird es immer das große Gefahrengebiet der deutschen Wirtschaft sein. Diese Tatsache haben die Schwerindustriellen letzten November durch die frivole Aussperrung weiteren Vorkreuzen eingebremst, als es die Gewerkschaften durch ihre Aufforderung zu tun vermochten. Wenn unsere Genossen an der Ruhr noch eine solche Wirtschaftszerrüttung erleben sollten, dann hätten sie ja den Weg zur staatlichen Kontrolle der Eisenwirtschaft vollends frei gemacht. Sie werden auch das noch schaffen. Die Gewerkschaften werden dabei sicher nicht untätig bleiben.

Der Sozial- und Kulturaufwand der Gemeinden

Die Iosen in „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlichten Ergebnisse der Reichsfinanzstatistik über den Aufwandsbedarf der Gemeinden zeigen mit größter Deutlichkeit, in wie hohem Maße die Gemeinden an der Erfüllung der sozialen Aufgaben beteiligt sind und wie die Gemeinden eigentlich zu den Hauptträgern der sozialen und kulturellen Arbeit geworden sind. Der gesamte Aufwandsbedarf der Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern betrug im Jahre 1927/28 rund 3,8 Milliarden. Diese Mittel wurden, nach den einzelnen Aufgabengebieten gegliedert, wie folgt verwandt:

Gesamtaufwand	Mittel der Aufgabengebiete am Gesamtaufwand in %
7708	
Hierzu:	
Bahnhofarbeiten	1191
Bildungswesen	717
Bauwesen	578
Wirtschaft und Verkehr	571
Allgemeine Verwaltung	385
Arbeiten und Einrichtungen verschiedener Art	203
Pflicht	153
	31,4
	18,8
	15,3
	18,1
	10,1
	5,4
	4,0

Für soziale und kulturelle Zwecke wurden im Jahre 1927/28 von den Gemeinden insgesamt 2,5 Milliarden oder fast zwei Drittel des gesamten Aufwands verbraucht. In den Großstädten (über 100 000 Einwohner) ist der Anteil der Ausgaben für soziale und kulturelle Zwecke noch bedeutend höher; er betrug im Jahre 1927/28 nahezu drei Viertel der Gesamtausgaben.

Die Sozial- und Kulturausgaben bilden also heute bereits den Kern sozialistischer Einflüsse in den Gemeindeverwaltungen den weitest bedeutsamen Ausgabenposten. Andererseits widerlegt diese Statistik auch die Vorwürfe gegen die angebliche Verschwendungswirtschaft der Gemeinden auf dem Gebiete der Verwaltung und der öffentlichen Wirtschaftstätigkeit. Der Hausbau und Bildungswesen bereits so stark in Anspruch genommen, daß für die zahlreichen anderen wichtigen kommunalen Aufgaben kein ausreichender materieller Spielraum mehr gegeben ist.

Aus dieser Entwicklung ergibt sich aber mit zwingender Notwendigkeit, daß bei dem kommenden Finanzansgleich unbedingt den Gemeinden zur Erhaltung ihrer Lebensfähigkeit derjenige Anteil am Gesamtvertragsaufkommen, den sie auf Grund der von ihnen getragenen Lasten zu beanspruchen ein Recht haben, gesichert wird.

Bejucht das schaffende Berlin!

Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit hat eine Werbeschrift herausgegeben, die die Verbände einladet, Reisen nach Berlin zu unternehmen. Für den Aufenthalt in Berlin ist vom Reichsausschuß ein Programm ausgearbeitet worden, das den Teilnehmern in drei Tagen die wichtigsten Einblicke über das schaffende Berlin vermitteln soll. In großen Autobusfahrten werden die Hauptsehenswürdigkeiten gezeigt. Daneben sind vorgezeichnete Besichtigungen der Einrichtungen der modernen Arbeiterbewegung, deren Zentralen sich in Berlin befinden. Ferner soll das kommunale Berlin mit seinen großzügigen und vorbildlichen Betrieben und Anlagen gezeigt werden. Der Reichsausschuß stellt fachkundige Führer zur Verfügung und bereitet den gesamten Aufenthalt in Berlin einschließlich der Unterkunft und Verpflegung vor. Aufgabe der Orts- und Bezirksorganisationen ist es, Gruppen von 20 bis 30 Genossen zusammenzubringen; für die dann der Reichsausschuß das Programm des Berliner Aufenthalts durchführt.

Die Werbeschrift ist unentgeltlich durch den Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, zu beziehen. Sonderabrechnungen mit Gesellschaften und Gruppen können getroffen werden.

Die diesjährige Generalversammlung der Gesellschaft für soziale Reform findet am 24. und 25. Oktober in Mannheim statt. Am ersten Tage wird die Reform des Schlichtungswesens an Hand von Vorträgen der Universitätsprofessoren Eugen Singsheim, Frankfurt, und Herbert v. Wederath, Bonn, bearbeitet werden, wobei sowohl die juristischen Gesichtspunkte unter besonderer Berücksichtigung der Neuordnung des Tarifvertragsrechts als auch die volkswirtschaftlichen Wirkungen des Schlichtungswesens in der Bedeutung als ganze Wirtschaftssystem behandelt werden sollen. Am zweiten Tage soll eine große Aussprache über die heutige deutsche Sozialpolitik unter dem Gesichtspunkt geführt werden, inwieweit ihr ein produktiver Charakter beizumessen ist. Die Einleitung zu dieser Debatte wird ein Referat des Berliner Nationalökonomischen Professors Gohs Briefs über den wirtschaftlichen Wert der Sozialpolitik geben. Anmeldungen zur Teilnahme an der Tagung sind an das Generalsekretariat der Gesellschaft für soziale Reform, Berlin W 80, Rollendammstr. 20/30, schriftlich zu richten. Das Generalsekretariat erteilt auch nähere Auskunft über die Tagung.

Schriftenschau

Von Moses bis Darwin. Von G. E. Graf. 4. Auflage. Urania-Schriften Heft 1 der Urania-Verlags-Gesellschaft m. B. S., Jena. Wirkungsmodell illustriert. 40 Seiten. Broschiert 0,80 M. Der Urania-Verlag hat jetzt eine Lebenswerte Abfahrt wahrgemacht und eine Schriftenreihe begonnen, die den Entwicklungsgedanken popularisiert und seine Wichtigkeit beweist. Als erstes Heft dieser Folge, die sich einfach Urania-Schriften nennt, ist in 4. Auflage erweitert und erstmalig wirkungsvoll illustriert, von Georg Engelbert Graf die vorzügliche Broschüre „Von Moses bis Darwin“ erschienen. In kurzer Zeit waren 3 Auflagen begriffen. Das Werk verdient in seiner leichtfahlichen übersichtlichen Darstellung in jede Hausbibliothek aufgenommen zu werden. Der billige Preis von 0,80 M. dürfte jedem den Kauf dieser wichtigen Aufklärungsschrift ermöglichen.

Der Arbeits- und Dienstvertrag von Bürgermeister Friedrich Steis. 48 Seiten. Verlag Friedrich A. Wobbel in Leipzig O. L. Scharfstr. 18. (Heft 17 von Wobbels Schlüsselbüchern.) Einzelpreis 60 P., ab 1. August 1929 70 P. In seiner bekannten gemeinverständlichen Darstellungsweise erläutert der Verfasser das Zustandekommen der Arbeits- und Dienstverträge, die Grundlagen, auf denen sie beruhen (zwingende Gesetzesbestimmungen, Tarifvorschriften, Arbeitsordnung, Vereinbarung im Einzel-Arbeitsvertrag, Direktionsrecht des Arbeitgebers), die Rechte und Pflichten von Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die Auflösung des Arbeitsverhältnisses, Zeugnisse und Arbeitspapiere.

Segeledates Wanderaftbuch (Zweiteiter) mit zahlreichen Abbildungen und Plänen von Dipl.-Ing. Wilh. Goepferich. Es besteht kein Zweifel, daß die Anleitung des Ganges sehr verständlich wiedergegeben und die Ausführung und der Zusammenhang recht geschickt vor Augen geführt wird. Preis 2,40 M. Band 237/89 der bekannten Sammlung: Wie baue ich mir selbst? Verlag von Hermann Beyer, Leipzig E 1.

Band III des „Großen Brochhaus“ erscheint. Es wird die zahlreichen Begleiter des im Verlag F. A. Brochhaus, Leipzig, erscheinenden „Großen Brochhaus“ interessieren zu erfahren, daß der 8. Band des Werks Ende dieses Monats vorliegen wird. Als Erscheinungstermin war ursprünglich Ende Juli in Aussicht genommen, doch hat, wie der Verlag mitteilt, der über alles Erwarten große Eingang an Bestellungen eine Verlegung des Termins notwendig gemacht. Es ist Vorsorge getroffen, daß diese kleine Verzögerung beim nächsten Band wieder eingeholt wird. Gerade die allmähliche Erscheinungsweise macht ja die Anschaffung dieses Werkes, dessen Unentbehrlichkeit für den modernen Menschen von der gesamten deutschen Kritik anerkannt worden ist, durch günstige Zahlungsbedingungen für jedermann möglich. Auch werden — und zwar nur noch beschränkte Zeit — alte Exemplare in Zahlung genommen.

Handbuch der Radler- und Motoristen für Industrie, Kaufmanns- und Handwerker. Von Dr. Fritz Zimmer. 2. ergänzte Auflage. In 10 Hefen. Union Deutsche Verlagsgesellschaft, Zweigniederlassung Berlin SW 19. Das im Jahre 1901 erstmalig erschienene Handbuch der Radler- und Motoristen liegt jetzt in neuer Auflage vor. Diese hat sich notwendig gemacht, weil durch die Neuschaffung der Nitrocellulose in den letzten Jahren eine Umwälzung in den lastbearbeitenden Industrien Deutschlands und Amerikas hervorgerufen worden ist. So bietet die neue Auflage des Handbuchs des Interessanten und Wertvollen genug, um seine Anschaffung wünschenswert zu machen.

Druck und Verlag Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Stuttgart, Rüststraße 16

Frishluft-Räder
aus dem
Frishluft-System
Erfindung des Herrn
Richard Weber, Berlin
Königsplatz 10
Telefon 2311

BETTEN
aus
Frishluft-System
Erfindung des Herrn
Richard Weber, Berlin
Königsplatz 10
Telefon 2311

HOMOCORD Schallplatten
RUSSE REVOLUTIONS LIES
WECKERUF, MELODIE & MÄRSCHLÄUSE
DER JUNGE CHOR
DR. HEINZ TIESSER

Bei Kopf- und Nervenschmerzen
sowie bei Rheuma, Gicht, Ischias und Gefäßstörungen
haben sich Logal-Tabletten hervorragend bewährt.
Logal kann mit vollem Vertrauen genommen werden. Mehrere
hundert Ärzte betonen neben prompter Wirkung besonders
die Unschädlichkeit des Logal und über 5000 Ärzte haben
sich laut notarieller Bestätigung anerkennend über Logal
geäußert! Ein Versuch überzeugt! Fragen Sie Ihren Arzt.
In allen Apotheken. Preis RM 1,40.
0,45 Chin., 12,6 Lith., 74,3 Acid. acet. nat., ad 100 Amyl.

MUSIK-INSTRUMENTE
aus
Frishluft-System
Erfindung des Herrn
Richard Weber, Berlin
Königsplatz 10
Telefon 2311

Frishluft-System
aus
Frishluft-System
Erfindung des Herrn
Richard Weber, Berlin
Königsplatz 10
Telefon 2311

Druckarbeiten
jeder Ausführung
Verlagsgesellschaft
des D. M. A. V.

Stellenmarkt
Zum baldigen Eintritt erfahrener, solider
Monteur und Dreißer
für Eisenkonstruktionen gesucht. Länger
Tätigkeit auf Montage und Befähigung
zu selbständiger Ausführung von solchen
Anforderungen. Ausführliche Angebote mit
Zeugnisausschnitten und Referenzen an
**Jacob Gasser, Eisenwerk,
Schwelmungen a. R.**